

# contraste

zeitung für selbstorganisation

428

37. JG.

4'50 EURO

MAI 2020

contraste.org

## NACHRICHTEN

Versammlungsfreiheit: Wie mit dem Infektionsschutzgesetz Grundrechte eingeschränkt werden.

3

## PROJEKTE

Aktivist\*innen kämpfen gegen die katastrophalen Zustände im Abschiebeknast Büren in NRW.

4

## BEWEGUNG

Fünf CONTRASTE-Redakteur\*innen berichten, wie sie den derzeitigen Ausnahmezustand erleben.

6

## KUNST&KULTUR

Neues Album: Dota vertont die berührenden Gedichte der jüdischen Lyrikerin Mascha Kaléko.

14

## KAMPAGNE GEGEN ATOMWAFFEN IN DER EIFEL



▲ 3D-Installation vor dem Fliegerhorst Büchel

Foto: Herbert Sauerwein

## Büchel ist überall!

**Gern wird die Friedensbewegung totgesagt. Doch sie hat sich jenseits von Großdemos in anderen Formen dezentral ausgebreitet. Eine davon ist die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt«, die wir im Schwerpunkt dieser CONTRASTE-Ausgabe vorstellen. Dabei können nur kurze Schlaglichter die jeweiligen Gruppen und ihre Aktionen beleuchten - von den über 70 beteiligten Organisationen, die diese Kampagne tragen, haben wir acht ausgewählt. Doch einen Eindruck von der Vielfalt ihrer Aktivitäten mögen sie vermitteln - alle mit dem Ziel, die Atombomben hier und weltweit abzuschaffen.**

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Noch immer – und mehr denn je – bedrohen über 15.000 atomare Massenvernichtungswaffen die gesamte Menschheit. 20 davon lagern in dem kleinen Eifelort Büchel nahe Cochem an der Mosel. Bundeswehrsoldat\*innen trainieren im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe, sie im Ernstfall ins Ziel zu fliegen. Jede der US-Bomben im Fliegerhorst Büchel hat die mehrfache Sprengkraft der Bombe von Hiroshima, der 1945 hunderttausende Menschen zum Opfer fielen. Und die Bücheler B-61-Bomben sollen nun auch noch

aufgerüstet werden, und zwar so, dass sie nicht mehr nur einfach vom Himmel fallen, sondern sich nach dem Ausklinken selbstständig ihr Ziel suchen. Das wird sie »besser einsetzbar« machen. Es erhöht sich also die Gefahr, dass sie nicht nur, wie stets vorgegeben wird, der Abschreckung dienen. Die NATO schließt auch den Ersteinsatz nicht aus. Darüber hinaus bilden diese Bomben eine stetige Bedrohung etwaiger Gegner\*innen und sind somit selbst potenzielle Angriffsziele. Und ein Atomkrieg aus Versehen kann jederzeit passieren – mehrmals standen wir bereits kurz davor. Erwähnt sei nur die mutige

(Nicht-) Reaktion des sowjetischen Offiziers Stanislaw Petrow, dem seine Computer 1983 fälschlich einen atomaren Angriff der USA gemeldet hatten.

Nachdem US-Präsident Donald Trump den INF-Vertrag kündigte, der die Abrüstung der Mittelstrecken-Atomraketen beinhaltete, und Russlands Regierungschef Wladimir Putin den Vertrag prompt ebenfalls annullierte, haben die internationalen Atomwissenschaftler\*innen den Zeiger ihrer symbolischen Weltuntergangsuhr auf 100 Sekunden vor der Katastrophe vorrücken lassen. ICAN, die »International Campaign

to Abolish Nuclear Weapons« – eine von 70 Mitgliedsorganisationen der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« – hat 2017 maßgeblich dazu beigetragen, dass 122 Nationen den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beschlossen. Er tritt in Kraft, sobald ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Die Bundesregierung aber weigert sich, ihm beizutreten. Derzeit versuchen Mitglieder der Kampagne, möglichst viele Personen und Instanzen zu bewegen, sich für die Unterzeichnung des Vertrags einzusetzen. Bundeskanzlerin Merkel gratulierte ICAN zwar zum Friedensnobelpreis, den die NGO 2017 erhielt,

behauptete aber im Nachsatz, leider bräuchten wir die Atomwaffen noch.

»Jede Sekunde an jedem Tag bedrohen Atomwaffen jeden, den wir lieben, und alles, was wir wertschätzen. Wir dürfen diesen Irrsinn nicht länger tolerieren«, sagte die Überlebende des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, Setsuko Thurlow, in ihrer Rede vor den Vereinten Nationen anlässlich der Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags. »Die Geschichte wird diejenigen hart richten, die den Verbotsvertrag ablehnen.«

Link: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

## GRIECHENLAND

## Vio.Me erwartet keine Unterstützung von der Regierung

Ende März hat die staatliche Stromgesellschaft der selbstverwalteten Fabrik Vio.Me in Thessaloniki den Strom abgestellt. Offensichtlich wurde dafür der Zustand der Ausgangssperre genutzt, um den Widerstand und Protest möglichst klein zu halten. Eine internationale Spendenkampagne soll die Produktion weiter sichern.

MANFRED NEUGRODA, KÖLN

Mit seinem seit über sieben Jahren selbstverwalteten Betrieb ist Vio.Me

ein Leuchtturmprojekt in Griechenland geworden, unterstützt von einer breiten Solidaritätsbewegung in Europa und darüber hinaus. Die Arbeiter\*innen haben keine Chefs, machen Jobrotation und bekommen alle den gleichen Lohn. Nicht nur ihre Produktion von Seife und Reinigungsmitteln, sondern auch ihre Unterstützung von Flüchtlingen, die Einrichtung der sozialen Klinik der Solidarität in Thessaloniki und eines Ortes für politische und kulturelle Veranstaltungen machen sie zu einem Beispiel gesell-

schaftlicher Gegenmacht und hat sie zum Stachel für die griechischen Regierungen unter Tsipras (Syriza) und Mitsotakis (Nea Demokratia) werden lassen.

Am 30. März hat die staatliche Stromgesellschaft DEI unter Polizeischutz der Fabrik den Strom abgestellt und die auswärtige Verteilerstation zerstört. Seitdem wird mithilfe geliehener Generatoren produziert – anfangs auf kleiner Flamme, jetzt auch mit einem größeren Generator. Die Arbeiter\*innen bewachen die Fabrik

rund um die Uhr, um einen Überfall und eine Zerstörung der Anlagen zu verhindern. Neben dem bisherigen Vertrieb haben sie angefangen, mithilfe von Spenden Seife für Flüchtlingslager, insbesondere das Camp Moria auf Lesbos, zu produzieren.

Sie verhandeln mit dem Arbeitsministerium und der Stromgesellschaft über einen Wiederanschluss. Darüber hinaus wollen sie mit der Anschaffung eines großen Biodiesel-Notgenerators eine sichere Stromversorgung garantieren. Denn »die Produktion, die uns

am Leben hält, darf keine Minute unterbrochen werden«, so die Arbeiter\*innen. Dafür haben sie eine internationale Spendenkampagne initiiert. »Wir erwarten keine Gefälligkeiten, weder von Regierungen noch vom Staat. Wir nehmen die Produktion wieder auf«, sind sich die Kolleg\*innen sicher.

Spendenkonto: Manfred Neugroda, IBAN DE65 5003300217854100, #power2viome  
Weitere Infos: [www.gskk.org](http://www.gskk.org), [www.power.viome-coop.com](http://www.power.viome-coop.com), [www.viome.org](http://www.viome.org)

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

**NACHRICHTEN** SEITE 3  
PROTESTE FÜR VERSAMMLUNGSFREIHEIT

**PROJEKTE** SEITE 4  
GEGEN ABSCHIEBEHAFT  
AG BERATUNG

**PROJEKTE** SEITE 5  
MOSAIQUE, LÜNEBURG  
ACKERBESETZUNG, NEU-EICHENBERG

**BEWEGUNG** SEITE 6  
BERICHTE AUS DEM AUSNAHMEZUSTAND

**GENOSSENSCHAFTEN** SEITE 7  
GAW LINT  
HANDBUCH WOHNUNGSGENOSSENSCHAFTEN

**ÜBER DEN TELLERRAND** SEITE 8  
»TEILEN« AUS ÖKONOMISCHER SICHT  
RECHSTICKER

**SCHWERPUNKT** SEITE 9

PRESSEHÜTTE MUTLANGEN  
BÜCHELER AKTIONSPRÄSENZ 2020  
ÖFFENTLICHE FASTENAKTION  
SEITE 10

»OHNE RÜSTUNG LEBEN«  
INITIATIVKREIS GEGEN ATOMWAFFEN  
VERBINDUNG VON GLAUBEN UND AKTION  
SEITE 11

STRATEGIE VON ICAN  
HIROSHIMA-BÜNDNIS HANNOVER  
JUGENDELEGATION BEI DER UNO  
SEITE 12

ZIVILER UNGEHORSAM UND PROZESSE  
TRÄGERKREIS »ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN«  
**BIOTONNE** SEITE 13  
FRÜHER METZGER, HEUTE VEGANER  
THE OCEAN CLEAN UP

**KUNST & KULTUR** SEITE 14  
NEUES ALBUM VON DOTA  
BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

**REZENSIONEN** SEITE 15  
VORSCHLÄGE FÜR EINE POPULÄRE LINKE  
GUTE ARBEIT IN DER TRANSFORMATION  
WARUM NOCH KAPITALISMUS?  
DIE WELT WIEDER VERZAUBERN  
WHERE HAVE ALL THE REBELS GONE?

**TERMINE, KLEINANZEIGEN** SEITE 16

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:  
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

**Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

**Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo  
(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):  
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

AKTION 2020

Spielplatz Demokratie

Liebe Leser\*innen,

die Corona-Zeit zeigt es unerbittlich: Das Parlament und die Demokratie sind auf Sand gebaut. Innerhalb von Wochen diktiert die Regierungen samt ihren Behörden und ihrer Polizei auf Grundlage unklarer Zahlen, was Sache ist. Darunter Schul- und Betriebsschließungen, Verbot von Demonstrationen, gar von Trauerfeiern, von Menschenversammlungen von mehr als drei (!) Personen. Die von der Bevölkerung ja praktizierte Sicherheitsabstand-Regelung wird nach Gusto hysterisch reguliert, Strandverbote etwa werden mit Drohnenkontrollen durchgesetzt. Bei Verstoß drohen hohe und extrem hohe Bußgelder. Wobei sich nach und nach zeigt, dass das Schmierinfektionsrisiko sehr gering ist, dass die Ansteckungs-

gefahr im Freien und bei Sicherheitsabstand im Besonderen sehr unwahrscheinlich ist. Mensch mag dies anders werten. Was aber bleibt, ist die Realität des Obrigkeitsstaates. Per Knopfdruck entscheidet von einem Tag auf den anderen nur mehr der Staatsapparat. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht nur im Seuchenmodus geschehen kann. Favorit ist da sicherlich der Aufstandsmodus, gar von Kriegswirtschaft war von auf den Geschmack gekommenen Politiker\*innen zu hören. Da erscheint die hochgepriesene Demokratie nur noch als Spielplatz auf Zeit. CONTRASTE steht dagegen für hierarchiearme gelebte Teilhabe an Gesellschaft, steht gegen einen allmächtigen Staat. Dafür wurden wir wieder in unserer Aktion 2020 unterstützt, mit 579,50 Euro. Vielen Dank! Werden wir trotz drohender gesell-

schaftlicher Corona-Armut »wirtschaftlich« weitermachen können? Das wird sich zeigen. Jedenfalls brauchen wir noch einiges an weiteren Spenden, um überhaupt weitermachen zu können. Ein Abo wurde – wieder einmal wegen Geldmangel – gekündigt obwohl der Leser die CONTRASTE schätzt. Eine Fördermitgliedschaft wurde gekündigt. Dem stehen fünf neue Abos entgegen, auch ein befristetes »Knastabo« war dabei. Erfreulicherweise wurden acht neue Schnupperabos bestellt. Gerne würdigen wir unsere Spender\*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org. Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt  
**Heinz Weinhausen**

Wir danken den Spender\*innen

G.E.	150,00
A.H.	2,50
F.M.	20,00
A.A.	149,00
M.P.	100,00
L.C.+M.L.	8,00
W.K.	50,00
Wolfgang Weisshuhn, Aachen	100,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **3.005,01 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

PLATZ FÜR DIE JUNGEN!

VON ULI FRANK

Es war noch vor Corona als jemand in unserer Stammkneipe die Bemerkung fallen ließ, es sei ein Irrweg, möglichst alt werden zu wollen. Ältere Menschen sollten einsehen, dass sie für die nachwachsende Generation Platz schaffen müssten. Auf meine Frage, wie alt denn die Menschen werden dürften, schlug er 60 Jahre vor. Er selbst ist weit über 70, hatte sich gerade gegen Grippe impfen lassen und ist auch sonst sehr besorgt um seine Gesundheit. Ich war empört über diese skurrile Diskrepanz zwischen der Formulierung »objektiver« Gesetzmäßigkeiten bzw. ethischer Forderungen und der Anerkennung der subjektiven Befindlichkeit und der eigenen Bedürfnisse. Ich fühlte mich in die 1970er Jahre zurückversetzt, als wir gegen eine solche »Stellvertreterpolitik« für eine »Politik der ersten Person« eintraten und die Trennlinie zwischen privat und öffentlich zurückwies. »Das Private ist politisch!« war die Devise. Bourdieu nannte eine von den konkreten Menschen absehende Argumentation Scholastik und meinte damit eine Denkweise, die das Leben der Menschen durch objektiv richtige Ableitungen regeln will. Wir verglichen das damals mit den Schauprozessen unter Stalin: Menschen stimmten ihrer eigenen Liquidierung zu, weil sie objektiv gegen den Fortschritt der Geschichte, gegen die Weisheit der Partei verstoßen hätten. Nach der Wende sprach ich mit einer früheren Funktionärin der DKP. Sie meinte, sie schäme sich nachträglich vor allem für eines: dass sie eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen ihrer

privaten Meinung und der offiziellen Partei-Position gemacht habe. Oft habe sie auf politischen Veranstaltungen Positionen vertreten, die ihrer eigenen Einsicht und ihrem Gefühl widersprachen. Die heute weit verbreitete Politikverdrossenheit basiert möglicherweise genau auf diesem Problem. Die Menschen haben immer weniger das Gefühl, dass in ihrem Interesse und nach ihren Bedürfnissen gehandelt wird, sondern dass die politischen Entscheidungen einer entfremdeten Logik über ihre Köpfe hinweg folgen. Die Politik rechtfertigt sich damit, es gebe keine Alternative. Diese scheinbar objektiven Verhältnisse nannte Viviane Forrester schon 1996 »Terror der Ökonomie« und inzwischen häufen sich Veröffentlichungen, die diese Übermacht der ökonomischen Rationalität kritisieren. Im Alltag entwickelte sich aus der kämpferischen Devise »Das Private ist Politisch!« eher eine unpolitische Welt der Ich-Pflege bis hin zur kommerzialisierten Selbst-Optimierung. Ob aus diesem Persönlichkeitskult der Konsumwerbung, die das System für seinen Fortbestand braucht, trotzdem ein Bewusstsein für dessen Zumutungen entstehen kann? Und nun plötzlich der Sprung von der Theorie zur Praxis! In Italien passierte genau das: Aufgrund der Ökonomisierung des Gesundheitssystems muss man Menschen ab einem bestimmten Alter sterben lassen. Da ist es beruhigend zu sehen, dass sich die Politik fast weltweit dafür entschied, das gesamte öffentliche Leben herunterzufahren, um das zu verhindern.

Geschenk für neue Abonnent\*innen

Auf die nächsten Abonnent\*innen wartet ein lesenswertes Geschenk: Wir haben vier Mal das »Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change« sowie zehn Mal »Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben« zu vergeben. Also sendet eine Mail an abos@contraste.org und schließt ein Jahresabo oder eine Fördermitgliedschaft der CONTRASTE ab. Die Aktion gilt nicht für Schnupperabos.

Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change

Herausgeber: Elevate Festival  
Mit kreativen Ideen und praktischen Beispielen die Welt verändern? Wie das gehen könnte, verraten in diesem Buch engagierte Persönlichkeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen aus aller Welt.

Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben

Herausgeber: Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen  
Bereits in den 1970er Jahren entstanden Orte, an denen Menschen Geld teilen, Produktionsmittel gemeinsam besitzen und den Alltag zusammen gestalten. Das Buch richtet sich sowohl an am Kommuneleben interessierte Personen als auch an diejenigen, die bereits in solchen Gemeinschaften leben.

Mehr Infos findet ihr unter: [www.contraste.org/abo/](http://www.contraste.org/abo/)

Spendenticker »Aktion 2020«

57,07% finanziert 3.994,01 Euro Spenden 3.005,01 Euro fehlen noch

## PROTESTE FÜR VERSAMMLUNGSFREIHEIT

## »Politischer Widerstand ist systemrelevant«



▲ Nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Die Demo »Gesundheit stärken statt Grundrechte schwächen – Schutz vor Viren, nicht vor Menschen!« am 17. April war mit mehr als 50 Menschen ein voller Erfolg. Foto: Projektwerkstatt Saasen

Die Corona-Krise hält das Land seit Wochen in Atem. Es scheint, dass Virologen den Takt vorgeben. Die Regierungen in Bund und Ländern übertreffen sich gegenseitig mit neuen Gesetzen und Notverordnungen. Kritische Stimmen kommen in der Mainstream-Presse so gut wie nicht mehr vor. Dabei wird zunehmend in verfassungsrechtlich geschützte Bereiche eingegriffen. – Ein kurzer Überblick über einige Proteste, die sich für das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit einsetzen.

JÖRG BERGSTEDT UND PETER STREIFF

Die Exekutive überschlägt sich mit Verfügungen, Verordnungen und Gesetzesänderungen. Selten, vielleicht nie haben Regierende derart entschlossen gehandelt und binnen so kurzer Zeit eine Fülle von Normen erlassen, die bis in bislang unangefochten geglaubte Grundrechte reichen. Auslöser ist ein kleines Virus, dessen schöner Typenname Corona über die tödliche Wirkung vor allem auf alte und bereits anderweitig erkrankte Menschen hinwegtäuscht.

Nach einigen Wochen Berichterstattung über dessen Wüten im fernen China bei weiter vorangetriebener neoliberaler Umorganisation und Schwächung sozialer Infrastruktur traf das Virus dann Europa und viele Regionen mit voller Wucht. Medien reagierten mit Panikberichterstattung, die Politik mit Sorgen- und Durchhalterhetorik, die an Kriegszeiten erinnerte. In diesem Rauschen ging lange unter, wie stark die zum Teil mit heißer Nadel gestrickten Regeln in verfassungsrechtliche geschützte Bereiche eingreifen – weitere Verschlimmerungen sind möglich.

Eines der betroffenen Grundrechte ist das Versammlungsrecht – eine gerade in Corona-Zeiten wichtige Form der Einmischung, stellen die notstandsgesetzähnlichen Ermächtigungen durch die überbordende Ausnutzung der Regelungen im Infektionsschutzgesetz doch sehr grundlegend den Rechtsstaatscharakter dieses Landes in Frage.

Nachbarländer wie Ungarn sind da bereits einen Schritt weiter – hier hat die Legislative abgedankt, die Regierung kann selbst als Gesetzgeber und -aufheber agieren. Denkbar ist das in Deutschland auch. Das war an den Einschränkungen von Artikel 8 Grundgesetz gut sichtbar. Der garantiert die Versammlungsfreiheit. In den

meisten Bundesländern existierte sie de facto nicht mehr, obwohl niemand die Verfassung geändert hat.

#### Demonstrationsverbote

Die ersten Corona-Wochen erweckten den Eindruck, dass die vielen Berichte von Toten und angstmachenden Blicken in die Zukunft auch die politische Opposition in eine schwere Starre hat fallen lassen. Ende März mehrten sich dann Berichte von Versuchen, Versammlungen anzumelden oder Mini-Aktionen von Einzelnen oder kleinen Gruppen unter Beachtung der zur Corona-Eindämmung geschaffenen Normen durchzuführen.

In Hamburg wurde eine Klage gegen das Verbot einer Kundgebung eingereicht. Es ging um den kurz zuvor erfolgten Abriss des Lampedusazettes, einer Dauermahnwache von organisierten Geflüchteten seit 2013. Wegen kleiner, unangemeldeter Mahnwachen von Menschen mit Schildern, die den vorgeschriebenen Abstand zueinander einhielten und Mundschutz trugen, wurden Platzverweise erteilt, wobei mindestens dreimal auch Ingewahrsamnahmen folgten. Als Begründung kommentierte die Polizei selbst: »Die Allgemeinverfügung untersagt, dass sich Menschen versammeln.« Mehr muss man nicht wissen!« (vollständig zitiert).

Eine zweite Klage betraf eine Seebrücken-Demo. Bemerkenswert war hier wie auch an anderen Orten, dass sich das Versammlungsverbot bei demonstrativen Aktionen schon gegen einzelne Personen richtete mit dem Konstrukt, dass diese durch z.B. Schilder mit politischen Sprüchen andere Personen anziehen könnte, in Kontakt zu treten. Hier wurde das Verbot, sich mit mehr als zwei Personen im öffentlichen Raum zu treffen, so verdreht, dass politische Meinungskundgabe selbst allein nicht mehr möglich ist – in diesem Fall praktisch also das Ende auch der Meinungsfreiheit.

#### Verfassungswidriges Infektionsschutzgesetz

Nachdem in Niedersachsen die Coronaregeln als Verordnung erlassen wurden, war es eine Straftat, sich zu mehr als zwei Personen – ob mit oder ohne Banner – zu versammeln. Das galt auch mit 1,5 Meter Abstand. Basis dafür war hier wie auch in anderen Bundesländern das Infektionsschutz-

gesetz, dessen Erweiterung innerhalb von drei Tagen durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht wurde. Es ermächtigt die Regierungen, fast alle Grundrechte beliebig außer Kraft zu setzen. In der Jura-Wissenschaft, einsehbar in vielen Foren oder in Fachartikeln, ist die vorherrschende Meinung erkennbar, dass sowohl das Gesetz als solches als verfassungswidrig eingestuft, als auch die konkrete Anwendung als Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot gewertet wird. Von den Mainstream-Medien weitgehend unbeachtet, kritisierte selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages das Gesetz massiv: Demnach sei »die unüberschaubare Zahl an gesetzlichen Vorschriften ... für den Bürger und wohl auch den Gesetzgeber selbst aus der Ermächtigung nicht erkennbar und vorhersehbar«. Außerdem sei für »eine Vielzahl von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen« die Zustimmung des Bundesrates »verfassungsrechtlich erforderlich«. Mit anderen Worten: Das Parlament hatte sich verfassungswidrig selbst entmachtet.

Absurd ist, dass der Begriff der Ansammlung in kaum einem Gesetz definiert ist. Das führte in Gießen dazu, dass eine Demonstration mit geplantem Abstand der Teilnehmer\*innen von zehn Metern verboten wurde, diese dann aber mit zwei Meter Abstand mit ihren Schildern und Aktionsmaterialien auf der gleichen Fläche von der durchaus anwesenden Polizei und Ordnungsbehörde in Ruhe gelassen wurden, weil es nun offiziell keine Ansammlung mehr war, sondern Einzelpersonen mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand. Hier wieherte der Amtsschimmel kräftig.

#### Erfolg beim Bundesverfassungsgericht

Für die Woche nach Ostern wurden in Gießen erneut mehrere Demos angemeldet: »Für eine Stärkung sozialer Infrastruktur, eine Verkehrswende, offene Grenzen und gegen den Missbrauch der Corona-Pandemie zum Abbau von Grundrechten«. Für den ersten Tag wurde die Demo verboten. Nach Verwaltungsklage, Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof, absurden Kleinschirmzeln mit dem Ordnungsamt reichten die Demo-Anmelder schließlich eine Verfassungsklage beim Bundesverfas-

sungsgericht ein. Der Urteilsspruch, wonach das Demoverbot aufgehoben war, sorgte bundesweit für Schlagzeilen und schaffte es bis in die Tagesschau. Die Stadtverwaltung erließ verschiedene Auflagen, die jedoch vom Verwaltungsgerichtshof Hessen aufgehoben wurden. Am letzten Tag der Aktionswoche konnte die Demo zeitlich unbegrenzt und mit mehr als 50 Teilnehmer\*innen stattfinden. Am 25. April konnten sogar 100 Radler\*innen mit passenden Abständen fahrend demonstrieren.

Auch in Lüchow brauchte es mehrere Anläufe und Auseinandersetzungen mit verschiedenen Verwaltungsgerichten, um das Versammlungsverbot für einen »Speakers Corner« aufzuheben. Jeweils zwei Personen wollten sich mit Abstand und Markierung einer »Sicherheitszone« mit einem Transparent – »Meinungsfreiheit auch in kranken Zeiten« – für eine Stunde auf dem Marktplatz aufstellen. Denn »nicht nur unsere Gesundheit steht auf dem Spiel, auch unsere Menschenrechte«, sagte Katja Tempel, eine der Mitinitiatorinnen der neuen Initiative. Erst das Gießener Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach ein Pauschalverbot von Versammlungen in Corona-Verordnungen nicht zulässig sei, ermöglichte auch die Protestveranstaltung in Lüchow. Das gilt inzwischen auch in etlichen weiteren Städten, während andernorts, so im rot-rot-grünen Thüringen, noch länger an den strikten Verboten festgehalten wurde.

#### Weitere Infos

Dokumentation der Gießener Demo mit allen Gerichtsschreiben: [www.giessen-autofrei.tk](https://www.giessen-autofrei.tk)

<https://www.bundestag.de/analysen> (vom 2. und 9. April)

Tipps für zivilgesellschaftliche Organisationen von der Allianz Rechts-sicherheit für politische Willensbildung:

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/corona/>

Antworten und Fragen zu »Corona« und Grundrechte bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte: <https://freiheitsrechte.org/corona-und-grundrechte/>

## MELDUNGEN

#### Soli-Sampler für »Linksunten«

Mitte Mai erscheint der Soli-Sampler »Unten links – Solidarität gegen Zensur und Repression« als Doppel-LP und auf CD. Dieser Sampler ist ein Benefiz für die Leute, die beschuldigt werden, hinter der Webseite linksunten.indymedia.org zu stecken, die im Dezember 2017 verboten und abgeschaltet wurde. »Indymedia Linksunten« gab es seit 2009 und war anonym. Hier konnte jede\*r ihren Bericht über oder Kommentar zu allen möglichen Formen des Protests und Widerstands veröffentlichen. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat mittlerweile alle Strafverfahren gegen die Beschuldigten eingestellt. Die Betroffenen klagen dennoch gegen den Eingriff in die Pressefreiheit. Der Soli-Sampler soll die Betroffenen mit Öffentlichkeit und Geld unterstützen.

Zu bestellen bei: [ruination.org](https://ruination.org)

#### Obdachlose besetzen Haus in Köln

Seit Ende März halten Obdachlose ein Haus in der Bonner Straße in Köln besetzt. Sie schufen sich damit ein Zuhause, das ihnen während des Corona-Shutdowns als Rückzugsort zur Verfügung steht: »Als gesagt wurde, jeder solle wegen Corona zu Hause bleiben, habe ich mich gefragt, wie obdachlose Menschen das tun sollen«, erklärte André Salentin, einer der Besetzer, gegenüber der Tageszeitung »neues deutschland«. Die 21 Menschen hätten in dem Haus die Möglichkeit, in Einzelzimmern zu wohnen.

Nachdem am 27. März Polizei und Ordnungsamt vor der Tür standen, hat die Stadt ihre Meinung geändert und duldet die Besetzung vorerst. Das ist wohl auch der Öffentlichkeitsarbeit der Bewohner\*innen zu verdanken. Sogar der Kölner Sozialdezernent Harald Rau besuchte das Haus, das entgegen erster Vermutungen nicht von Schimmel befallen ist.

Die Bewohner\*innen kümmern sich selbst um die hygienischen Bedingungen und werkeln an einer Gemeinschaftsküche. Hier könnten sie sich viel besser vor Corona schützen als in einer überfüllten Sammelunterkunft, finden sie und hoffen, dass ihr Zuhause ihnen vielleicht auch nach der Ausnahmesituation erhalten bleibt.

## ANZEIGE

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN

solidarisch // kritisch // unabhängig

**JAHRESABO**  
für €47,50

**PROBEABO**  
für €10,00

**JETZT BESTELLEN**  
[www.lateinamerika-nachrichten.de](https://www.lateinamerika-nachrichten.de)

ERFAHRUNGEN AUS DER ABSCHIEBEHAFT

# Abschiebung trotz Suizidgefahr

Zwei Aktivistinnen haben einen Freund während der Zeit in der Anstalt für Abschiebehaft in Büren (NRW) begleitet. Dabei lernten sie die katastrophalen Zustände dort kennen und wollen sie an die Öffentlichkeit bringen. Für CONTRASTE sprach Brigitte Kratzwald mit Eva vom AK Asyl in Göttingen und mit Olga vom AK Asyl Witzenhausen.

Wie seid ihr denn überhaupt dazu gekommen, Herrn H. zu besuchen und zu unterstützen?

Wir sind in Göttingen und Witzenhausen im AK Asyl tätig, sind mit vielen Menschen in Kontakt, die in Unterkünften für Geflüchtete wohnen, arbeiten auch zum Thema Antirassismus und hatten schon immer wieder mit Abschiebungen zu tun. Der unmittelbare Anlass für diesen Gang an die Öffentlichkeit war aber, dass ein Freund von uns im Abschiebeknast in Büren saß und wir die Zustände dort kennenlernten. In Absprache mit unserem Freund dürfen wir seine Geschichte hier exemplarisch für das Schicksal vieler erzählen und die Zustände öffentlich problematisieren. Aus diesen Anlass haben wir dann auch mit »Ausbrechen Paderborn« zusammengearbeitet, eine Initiative, die sich schon länger mit dem Thema beschäftigt.

Könnt ihr unseren Leser\*innen die Geschichte von Herrn H. beschreiben?

Herr H. ist seit fünf Jahren in Europa, davor wurde er schon zweimal wieder nach Marokko abgeschoben. Über die Balkanroute kam er wieder nach Wien. Auf diesem Weg haben wir ihn in Griechenland kennengelernt. Er hat in Wien Asyl beantragt und fuhr vier Jahre später nach Deutschland um einen Freund zu besuchen. Dort wurde er kontrolliert und sofort in



▲ Lautsprecherwagen mit starken Botschaften: Antirassistische Demo in Büren im Mai 2019

Foto: Ausbrechen Paderborn

Abschiebehaft genommen, obwohl die Behörden in Deutschland gar nicht zuständig waren. Herr H. war schon psychisch instabil, bevor er nach Deutschland kam, hat mehrere Suizidversuche hinter sich und war in Österreich in einer psychiatrischen Klinik.

Was habt ihr über die Situation im der Haftanstalt erfahren und wie ist es Herrn H. dort ergangen?

Die sogenannte psychologische Betreuung im Knast ist eine Farce. Es werden den Insassen dort immer nur zwei Fragen gestellt: Erstens, ob sie sich umbringen wollen und zweitens, ob sie in ihr Land zurückkehren wollen. Für die falschen Antworten, also ein »ja« auf die erste Frage und ein »nein« auf die zweite, kommt man in Isolationshaft. Nach einem weiteren Suizidversuch wurde Herr H. an Händen und Füßen gefesselt ins Krankenhaus gebracht und anschließend

kam er wieder in Isolationshaft, diese gilt sozusagen als Suizidprävention.

Er hat uns geschildert, wie das dort ist und hat es berechtigterweise als Folter bezeichnet. Man ist in einem Raum ohne Frischluft, ohne Handy, ohne Zigaretten, ohne Kontakt- und Sportmöglichkeit. 24 Stunden brennt Licht und alle 15 Minuten wird eine sogenannte »Lebendkontrolle« durchgeführt. Das heißt, es klopft jemand an die Tür und er musste sich melden, ansonsten kam eine Person in sein Zimmer und durchsuchte ihn. Schlafen ist unter solchen Umständen unmöglich. Herr H. meinte, dieser Abschiebeknast sei der schlimmste Ort, den er je gesehen hat. Bei seiner Fluchtgeschichte ist das schon bemerkenswert. Obwohl offiziell eine »Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige« werden die Menschen dort behandelt wie in einem Gefängnis für Schwerstkriminelle, dabei sind es Menschen, die nichts gemacht haben, als auf der

Suche nach einem sicheren Ort zu sein. Es gibt sogar einen Bericht der »Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter« aus dem Jahr 2018, der bestätigt, dass im Abschiebeknast Büren die Lebensbedingungen der Gefangenen unhaltbar sind und massiv in Grund- und Persönlichkeitsrechte der Menschen dort eingreifen.

Wie ist dann die Abschiebung vor sich gegangen?

Herr H. hat vom Abschiebetermin erst drei Tage vorher erfahren, dann erst konnten wir eine Anwältin organisieren. Über sie wurde auf der Basis vorliegender Atteste psychiatrischer Kliniken ein Antrag auf Reiseunfähigkeit gestellt. Am Tag vor der Abschiebung konnten wir ihn plötzlich nicht mehr erreichen, später hat er erzählt, dass er da wieder in Isolationshaft war. Die Abschiebung erfolgte mit Arztbegleitung, der Arzt hat ihm die ganze Zeit gedroht, dass er ihm beim

geringsten Widerstand eine Beruhigungsspritze geben würde. Mit ihm waren acht andere Menschen im Flugzeug und 30 Polizisten. Das Geld wurde ihm abgenommen, er kam ohne irgendetwas in Marokko an. Dabei haben sich fünf Gruppen und mehrere Menschen, darunter eine Anwältin, um ihn gekümmert, die meisten Menschen in Büren haben keine Kontakte außerhalb, die werden sofort abgeschoben. Über die Hälfte aller Betroffenen sitzen fälschlicherweise in Abschiebehaft, das wird aber oft erst festgestellt, wenn die Abschiebung vollzogen ist. Der Fall von Herrn H. ist also kein Einzelfall, sondern ist typisch für dieses System.

Wie geht es euch und Herrn H. jetzt? Seid ihr noch in Kontakt?

Herr H. ist seit zwei Monaten wieder in Marokko und wir sind nach wie vor mit ihm in Kontakt. Persönlich empfindet man große Hilfslosigkeit, wenn alle Bemühungen ins Leere laufen. Deshalb ist es für uns so wichtig und wir rufen auch andere Menschen dazu auf, die Isolation der Menschen in Abschiebehaft zu brechen. Nehmt Kontakt auf, tragt die Geschichten nach draußen! Skandalisiert dieses ganze System, fordert seine Abschaffung!

Wie wirkt sich die gegenwärtige Coronakrise auf die Situation aus?

Das macht natürlich alles noch schlimmer. Aus der Anstalt in Langenhagen etwa wurden alle Menschen entlassen, das fordern wir auch für Büren.

Links:  
aha-bueren.de  
gegenabschiebehaft.de

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

## Gemeinsam nicht allein



...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jährige Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Auch uns beeindruckt selbstverständlich das aktuelle Geschehen. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Da ist es ausgeschlossen, in einer Contraste-Kolumne weiter ungerührt über das Kleingedruckte der Selbstverwaltung zu schwadronieren. Als würde sonst alles normal weiterlaufen.

Wir erleben seit Wochen 24 Stunden lang ein Trommelfeuer mit Informationen, Deutungen, Spekulationen, Expert\*innenwissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Und das auf allen medialen Kanälen, die nur möglich sind. Die Welt scheint nur noch ein Thema zu haben und sich um ein Problem zu sorgen. Obwohl u.a. in Afrika allein der »Virus« Hunger seit Jahrzehnten völlig unkommentiert mehr Tote fordert. Öffentliche Mittel, in bisher kaum vorstellbarer Höhe, werden aus dem Hut gezaubert, gedruckt und verausgabt. Bürgerliche Rechte werden umfassend komplett ausgesetzt. Grundlegende politische Entscheidungen fallen im Stundentakt. Zusammenbrüche gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen werden apokalyptisch inszeniert und prognostiziert. Inflationärer Gebrauch aller denkbaren digitalen Kommunikationswege macht Datenschutz zu einem Fremdwort.

Nicht nur, aber auch nahezu alle selbstorganisierte Gruppierungen sind von Schließungen, Einstellung ihres Normalbetriebes, ökonomischen Schiefen oder radikalen Einbrüchen der Alltagsorganisation betroffen oder sie kommen bedrohlich nah. Nach einer gewissen Schockstarre und hektischen Sofortmaßnahmen, beginnt langsam der Blick in die nähere Zukunft. Wann, wie, mit wem, unter welchen Bedingungen, mit welchen Zielen, mit welchen Änderungen muss es, kann es, wird es überhaupt weiterlaufen?

Soweit nur einige Erscheinungsformen, die uns alle wahlweise erschreckend, besorgt, widerwillig, verharmlosend, verdrängend, ignorierend oder überwältigt bewegen. Und genau diesen emotionalen Flickenteppich finden wir selbstverständlich auch in den selbstorganisierten und selbstverwalteten Initiativen, Betrieben, Vereinen oder Projekten wieder.

Es wird deshalb mindestens in dreifacher Hinsicht eine extreme Belastungsprobe unserer Solidarstrukturen, in dieser Form zu unseren Lebzeiten neu. Zunächst treten die individuellen Mentalitäten von uns allen extrem in den Vordergrund. Zwischen ängstlicher Panik, »Kopf einziehen« bis hin zu alarmier-

tem Aktivismus. Das werden wir gemeinsam aushalten müssen, bevor irgendetwas geklärt werden kann. Auch wenn uns unsere widersprechenden Emotionen gegenseitig mehr verunsichern als stärken. Wenn das gelingt, hindern uns die gesundheitlichen Risiken momentan am persönlichen Austausch. Und wann wäre der wichtiger als gerade jetzt? Wann könnte direkte und sinnlich wahrnehmbare Kommunikation von noch zentraler Bedeutung für alle Handlungs- und Verarbeitungsoptionen sein? Es verlangt höchste Kreativität dieses gefährliche Manko zu kompensieren. Und letztlich drittens, stehen uns gemeinsame, durchgängig wegweisende und verändernde Perspektivdiskussionen ins Haus. Die Gestaltung der näheren und weiteren Zukunft unserer Projektkonzepte werden neu justiert und ggf. ausgerichtet werden müssen. Ob wir es ignorieren oder angehen wollen, ein bruchloses Weitermachen wird es nicht geben. Und wenn doch für meine Gruppe, dann sicher nicht für das Nachbarprojekt.

Wir externe Berater\*innen wissen gerade genauso wenig erfolgversprechende Wege, außer das Pflaster der staatlichen Soforthilfen als Erste Hilfe. Wir wissen ja noch nicht

einmal, welcher gesellschaftliche und marktwirtschaftliche Rahmen uns zukünftig erwarten wird.

Es kann deshalb jetzt nur die Stunde der solidarischen und kollektiven Vernetzung, der Kooperation und des intensiven Austausches miteinander schlagen. Auch wenn seit vielen Jahren alltäglich wirksame und belastbare Strukturen zwischen Projekten häufig sträflich vernachlässigt worden sind. Jetzt sind sie nicht länger das Freizeithobby einzelner interessierter Kollektivist\*innen oder ein beliebiger zusätzlicher Termin. Kein Projekt wird mit der Situation alleine sinnvoll und in solidarischer Verantwortung klarkommen. Projektspezifische Lösungen erfinden, Solidarstrukturen kreieren, einzelnen Projekten ihre Weiterexistenz sichern, interne Diskussionen ohne Eskalation führen, Ressourcen solidarisch nutzen, Ratschläge geben bzw. einholen und letztlich politisches Handeln. Dazu gehört eine verlässliche und verantwortliche Verbundenheit.

Und die wird mit darüber entscheiden, ob SARS-CoV-2 letztlich ein repressiver oder ein emanzipativer Virus ist.

Willi Schwarz

INTERKULTURELLE BEGEGNUNGSSTÄTTE MOSAIQUE IM ZENTRUM LÜNEBURGS

## Ein buntes Ganzes, von vielen gestaltet

»mosaique ist ein Haus mitten in Lüneburg, in dem die Vision einer friedlichen Welt gemeinsam gestaltet wird«. So lautet der Slogan der interkulturellen Begegnungsstätte mosaique, die seit nunmehr zwei Jahren in der »Alten Musikschule« der niedersächsischen Stadt Lüneburg beherbergt ist. Den Prinzipien von Menschlichkeit, Toleranz, Offenheit und gegenseitigem Respekt folgend, kommen dort seither regelmäßig Menschen aus allen sozialen Schichten und aus verschiedenen Ländern zusammen, um sich kennenzulernen, sich gegenseitig zu bereichern und friedlich und inklusiv miteinander zu leben.

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

»Die Idee für das mosaique kam unserer Vereinsgründerin Corinna Krome vor etwa sieben Jahren, als sie in der ZEIT einen Artikel über Studierende in Wien las, die dort mit ehemals Wohnungslosen zusammenlebten und gemeinsam ihr Leben gestalten«, erzählt Eva Kern, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit im mosaique. Corinna gefiel, dass da Menschen zusammenkamen, die für gewöhnlich selten miteinander in Kontakt sind. Einen solchen Raum wollte sie daraufhin auch hierzulande schaffen: Einen Ort, an dem sich Menschen jenseits kultureller und sozialer Grenzen begegnen können.

Zusammen mit sechs anderen Menschen, die heute im Beirat des Vereins sitzen, gründete Corinna wenig später den gemeinnützigen Verein »mosaique – Haus der Kulturen«. Gemeinsam auch mit vielen anderen Lüneburger\*innen verfasste das Team ein Konzept und evaluierte Finanzierungsmöglichkeiten. Das mosaique sollte ein inklusives Haus werden, das unter seinem Dach Wohnraum, eine Begegnungsstätte, einen Raum für Veranstaltungen sowie eine Beratungsstelle für Geflüchtete vereint.



▲ Mosaique-Aktive in der Lüneburger Katzenstraße

Foto: mosaique - Haus der Kulturen e.V.

Die Suche nach einer passenden Immobilie erstreckte sich dann zunächst auf den Raum Berlin, weil Corinna dort studierte. Fündig wurde sie schließlich jedoch in Lüneburg: Seit 2018 ist das mosaique dort nun in der »Alten Musikschule«, einem traditionsreichen Haus in der Katzenstraße, zuhause. Im Erdgeschoss treffen sich seither regelmäßig Besucher\*innen unterschiedlicher Nationalität und jeden Alters in der bunt eingerichteten Begegnungsstätte mit Küchenbereich und Wohnzimmerflair. Gegen eine freiwillige Spende darf sich hier jede\*r an Kaffee und Tee bedienen. Des Öfteren kochen Engagierte mit den Besucher\*innen zusammen. Die Begegnungsstätte lässt sich außerdem – je nach Tageszeit oder Veranstaltungsart – vollständig und in Teilen in einen Veranstaltungsraum umfunktionieren, der rege für Events

und Workshops wie Gesprächskreise, Konzerte, Tanz- und Yoga-Kurse genutzt wird. Auf der gegenüberliegenden Seite des Hausflurs sind ein Büro, ein Besprechungsraum sowie ein weiterer kleiner Gruppenraum eingerichtet. In den beiden oberen Etagen leben die Bewohner\*innen des Wohnprojekts. Dort gibt es zwei Wohngemeinschaften für vier bzw. fünf Personen, zwei Kleinwohnungen und eine Maisonette-Wohnung für eine Familie. Vermietet wird an Menschen jeglicher Herkunft und sozialem Hintergrund, die Lust haben, sich aktiv am Austausch innerhalb des Hauses zu beteiligen und das Leben im mosaique mitzugestalten.

Die Mieten, die über das Wohnprojekt eingenommen werden, bilden eine Säule der Finanzierung des mosaiques. Spenden, Fördermitgliedschaften im Verein sowie regelmäßig beantragte

spezifische Projektfördermittel sind die weiteren Finanzierungswege des Projekts. Bis auf eine in Teilzeit angestellte Mitarbeiterin im Bereich Verwaltung arbeiten darüber hinaus alle anderen am mosaique beteiligten Menschen ehrenamtlich. Derzeit zählt die Liste der Engagierten über 360 Personen. 80 bis 100 von ihnen bringen sich »sehr aktiv« ein, sagt Eva und erzählt: »Einmal im Monat treffen wir uns alle im Rahmen des Aktiventreffens und besprechen, was ansteht. Danach gibt es oft ein gemeinsames Essen – von Aktiven gekocht.«

Schon vor der tatsächlichen Eröffnung des mosaiques waren bereits an die 80 Menschen im Projekt involviert. Nur zwei Jahre später hat sich die Anzahl der Engagierten verdreifacht. Die mosaique-Gemeinde wächst schnell. »Wir wollen niedrigschwellige Einstiege fürs Mitmachen

bieten«, sagt Eva, »Darüber hinaus legen wir Wert auf ein vertrauensvolles und gemeinschaftliches Miteinander. Wir nehmen uns zum Beispiel Zeit für Reflektionstage und gemeinsame Unternehmungen im Team.« All das wirkt sich beflügelnd auf die Atmosphäre im Haus aus. Denn das mosaique ist ein Ort, an dem sich das Verständnis vom Prinzip des Menschen als Teil des Ganzen nicht nur im Namen widerspiegelt, sondern auch merklich gelebt wird: Jede\*r darf mitgestalten – und tut dies denn auch ganz frei aus sich selbst heraus. So bringen manche Besucher\*innen gerne selbstgebackene Kuchen für die anderen Gäste mit. »Ein anderer Besucher dekoriert regelmäßig die Tische mit Blumen«, berichtet Eva. Auch Ideen für Veranstaltungsangebote kommen »ganz von selbst«.

Das mosaique kommt gut an in Lüneburgs Gesellschaft. Und nicht nur da: Die Lüneburger Friedensstiftung Günter Manzke förderte den Verein im vergangenen Jahr mit 12.000 Euro. Die Stiftung zeichnet jährlich Vereine, Privatpersonen und Institutionen aus, die sich für interkulturelle Verständigung, Toleranz und Gemeinschaft einsetzen. Auch eines von 100 startsocial-Stipendien konnte das mosaique gewinnen. Die beiden im Rahmen dieses Stipendiums abgestellten Berater\*innen unterstützen das Team besonders in der Eröffnungsphase.

Diesen April feierte das mosaique nun seinen zweiten Geburtstag. Auch für das weitere Jahr stehen spannende Veranstaltungen und Projekte auf dem Plan, wie etwa der Schreib- und Rhetorik-Workshop »Wir schrei(b)en auf« oder ein Strukturförderprojekt zum Gewinnen neuer Fördermitglieder. Das mosaique steht nicht still und freut sich auf interessierte Besucher\*innen.

Links:  
<https://mosaique-lueneburg.de/>

### ACKERBESETZUNG

## Ungehorsam für Agrarökologie

Der entschlossene Protest gegen ein geplantes Logistikgebiet im nordhessischen Neu-Eichenberg feiert erste Erfolge. Die lokale Bürgerinitiative und Ackerbesetzer\*innen stellen sich gemeinsam gegen die Versiegelung des fruchtbaren Bodens und entwickeln Alternativen.

AKTIONSGRUPPE »ACKER BLEIBT!«

Seit einem Jahr besteht die Ackerbesetzung in der kleinen Gemeinde Neu-Eichenberg – gelegen im Dreiländereck Hessen, Thüringen, Niedersachsen. Am 4. Mai 2019 hatten Klimaaktivist\*innen dort einen Teil der 80 Hektar großen Fläche mit Zelten und Bauwagen besetzt, um sich dem Investor Dietz AG und seinen zerstörerischen Plänen direkt in den Weg zu stellen (Contraste Nr. 417). Der bewusst vollzogene Regelübertritt stärkte den lokalen Widerstand und verschaffte den Logistik-Gegner\*innen endlich die nötige Aufmerksamkeit in der politischen Auseinandersetzung.

Während die Aktivitäten der Bürgerinitiative (BI) zunächst vor allem für Aufklärung, Organisation im Dorf und punktuelle Mobilisierung von Unterstützer\*innen aus der näheren Umgebung sorgten, erreichte die Besetzung auch überregionale Kreise der Klimagerechtigkeitsbewegung. Vor allem aber ist durch das

dauerhaft besetzte Acker-Camp unseren »Gegner\*innen« klar gemacht worden, dass ein Bau des riesigen Logistikgebietes nicht ohne erhebliche Konfrontationen zu haben ist. Die freundschaftliche Solidarität zwischen BI und Besetzung hat dabei dazu beigetragen, dass eine Spaltung in »gute« und »böse« Aktivist\*innen nicht möglich war.

Mittlerweile ist einige Zeit des gemeinsamen Widerstands ins Land gegangen. Die Besetzung hat verschiedene Phasen durchlaufen und auch in Landespolitik und Gemeindevertretung bleibt der Protest nicht folgenlos. So haben die Gemeindevertreter\*innen am 21. Januar mit denkbar knapper Mehrheit von 8:7 Stimmen für einen sechsmonatigen Planungsstopp gestimmt. Viele sprechen bereits vom »Einstieg in den Ausstieg«, ein offizielles Ende der Planungen ist damit jedoch leider noch nicht besiegelt.

Die Gemeindevertretung hat nun einen »Arbeitskreis Alternativen« einberufen, an dem auch Vertreter\*innen der BI sowie zwei Schülerinnen der lokalen FridaysForFuture-Gruppe teilnehmen. Wir Besetzer\*innen waren in diesem Kreis explizit nicht erwünscht. Auch wenn das natürlich bedauerlich ist, tragen wir es mit Fassung und werden weiter auf unsere Weise an den Entscheidungen mitwirken.

Ende Februar verkündete Investor Dietz offiziell, dass er sich zurückziehe und nicht weiter an einer »Entwicklung« der Fläche interessiert sei. Bereits Ende 2019 hatte die Dietz AG beklagt, der Standort habe »enorm an Attraktivität eingebüßt« und dies unter anderem mit dem »intensiven Protest« begründet.

Trotzdem tut sich die Gemeinde weiter schwer damit, das umstrittene Projekt zu beenden. Ein Grund dafür ist finanzieller Art. Denn für die Planung des »Sondergebietes Logistik« sind inzwischen etwa 1,5 Mio. Euro Kosten angefallen. Diese trägt aktuell die Hessische Landgesellschaft (HLG). Doch wenn sich die Gemeinde dafür entscheidet, die Pläne fallen zu lassen, würden die entstandenen Kosten der Gemeinde in Rechnung gestellt. Deshalb lautet eine Forderung an die schwarz-grüne Landesregierung, dass sie die kleine Gemeinde durch eine Kostenübernahme unterstützen solle. So könnte sich Neu-Eichenberg ohne finanziellen Druck für Klima- und Bodenschutz entscheiden.

Gleichzeitig arbeiten wir daran, gemeinsam mit den Menschen vor Ort eine Perspektive für ein klimagerechtes Neu-Eichenberg zu entwickeln. Dabei wollen wir deutlich machen, dass alle Menschen wichtig sind für die Prozesse im Dorf und nicht nur die 15 Personen in der Gemeindevertre-

tung, welche formal über die Zukunft des Ackers abstimmen werden. Denn für den nötigen sozialökologischen Systemwandel braucht es auch eine andere Entscheidungskultur.

Als mögliche Alternativen zum geplanten Logistikgebiet werden aktuell zwei verschiedene Konzepte diskutiert. Ein lokaler Investor hat Interesse angekündigt, auf einem Großteil der 80 Hektar einen Solarpark errichten zu wollen. Unter den Solarzellen würde der fruchtbare Boden nicht zerstört, doch würde er für die Lebensmittelproduktion vorerst verloren gehen. Außerdem sieht auch dieser Vorschlag auf einer Fläche von 15 Hektar ein Gewerbegebiet vor – Bodenversiegelung mit grünem Anstrich.

Dem gegenüber steht das Konzept der Initiative »Land schafft Zukunft«, in der sich Studierende der Agrarwissenschaften aus Witzenhausen mit Praktiker\*innen aus Landwirtschaft und Gartenbau zusammengeschlossen haben, um eine agrarökologische Alternative für die 80 Hektar zu entwerfen.

Auch die Besetzung fühlt sich der Vision der Agrarökologie verbunden und beginnt schonmal mit ökologischem Gemüsebau. Menschen aus Nah und Fern sind eingeladen vorbeizukommen und mitzugärtnern. Schon bei der ersten Bodenbearbeitung half uns ein benachbarter Landwirt – so

entsteht neuer Austausch und der Widerstand wächst.

Weitere Infos & Unterstützungsmöglichkeiten:  
[www.ackerbleibt.org](http://www.ackerbleibt.org)  
[ackerbleibt@riseup.net](https://www.ackerbleibt.at/riseup.net)

### ANZEIGE

## PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

#### Schwerpunkthemen

- Nr. 195: Umkämpfte Arbeit – reloaded (2/2019)
- Nr. 196: Krise der (europäischen) Sozialdemokratie (3/2019)
- Nr. 197: Krisen der Reproduktion (4/2019)
- Nr. 198: Globale Stoffströme und internationale Arbeitsteilung (1/2020)
- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)

Einzelheft:  
192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!  
[www.bertz-fischer.de/prokla](http://www.bertz-fischer.de/prokla)

BERTZ • FISCHER

# Plötzlich ist alles anders

Die »Coronakrise« beschäftigt auch die CONTRASTE-Redaktion. Auf dieser Seite könnt ihr fünf Erfahrungsberichte unserer Redakteur\*innen lesen. Sie sind natürlich subjektiv und zeichnen kein vollständiges Bild der aktuellen Lage. Und doch zeigen sie auf, wie unterschiedlich das Leben und die Eindrücke in Zeiten dieser Krise sein können.

## Selbstorganisation unerwartet

ULI FRANK, REDAKTION SPROCKHÖVEL

Als ich noch Lehrer war, sagte mir eine Schülerin, sie beneide mich als »alten 68er«. Heute sei alles so festgefahren und geregelt: Die Menschen hätten keinerlei Einfluss auf öffentliche Debatten und seien als Einzelne völlig uninteressant.

Diese gesellschaftliche Routine ist nun gründlich vorbei:

Massenhaft schließen Geschäfte – ohne, dass die Welt zusammenbricht. Der Verkehr geht brutal zurück ohne gravierende Folgen für unser Leben. Menschen müssen ihre Konsumgewohnheiten umkrempeln – und vermissen weniger als gedacht.

Wachstum? Lächerlich: Mit 95 Prozent der Wirtschaftsleistung lässt sich doch gut leben, zeigt die Krise und eröffnet gerade neue Perspektiven. Der Markt als souveräner Problemlöser blamiert sich täglich. Der Selbstzweck-Charakter »unserer Wirtschaft« wird plötzlich obsolet und eine neue Erwartung könnte sich dauerhaft in den Köpfen der Menschen festsetzen, dass Wirtschaften für die Menschen da sein sollte, ihre Bedürfnisse befriedigen, gesellschaftliche Pflichten erfüllen und zu gerechter Verteilung beitragen müsste...

Und zwei Phänomene sind für mich richtige Wunder:

1. Wie schnell Menschen sich umstellen können, wenn die Bedingungen sich ändern, wenn es »notwendig« ist? Paradigmenwechsel in kürzester Zeit. Selbstorganisation als neues Hobby.

2. Die unglaublich hohe Zustimmung zu den fast folterähnlichen Zumutungen. Ich kann mir diese nur so erklären, dass das Ende der Beliebigkeit, der Freizeitgesellschaft mit ihrer Langeweile positiv erlebt wird: Es geht endlich mal um Wichtiges. Und auf einmal erscheinen die Politiker\*innen nicht mehr als die blutarmen Verwalter\*innen ewiger Zwänge bzw. machtlos unter dem Diktat der Wirtschaftsinteressen, sondern aktiv fast schon auf der eigenen Seite: Es sieht so aus, als zögen Wissenschaft, Politik und Bürger\*innen am gleichen Strang. Und selbst noch aufs Stärkste belastet und eingeschränkt, erscheint die Lage doch befriedigender, fühlt sich die Bürgerin souveräner als sonst. Jede\*r kann beitragen, jede\*r ist gefragt und trägt Verantwortung. Es kommt wieder auf sie an!

## Entmündigt

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Seit drei Wochen herrscht in Österreich Ausnahmezustand. Weniger medizinisch, eher politisch. Die Regierung ließ sich in einem »nationalen Schulterschluss« vom Parlament mit umfassender Macht ausstatten. Seither werden wir durch Angst, Schuldgefühle und Drohungen regiert. Was die Regierung sagt, stimmt und ist unbedingt zu befolgen, für Gehorsam werden uns Lockerungen versprochen. Die polizeiliche Willkür treibt skurrile Blüten, Bespitzelung hat Hochsaison, Kritiker\*innen wird vorgeworfen, sie spielten mit Menschenleben. Die einzige liberale Tageszeitung scheut sich nicht, einen Kommentar zu veröffentlichen, der von »notwendiger Entmündigung« spricht. Verweise auf Verfassungswidrigkeit werden vom Bundeskanzler als juristische Spitzfindigkeiten abgetan.

Vor dem Hintergrund der schrecklichen Bilder aus Italien erst einmal nachvollziehbar. Aber eine solche Schockreaktion kann nur kurz funktionieren. Inzwischen wissen wir, bei uns drohen keine »italienischen Verhältnisse«, wir wissen, dass dieses Virus für die Mehrheit der Menschen

keine große Gefahr darstellt, aber für eine kleine, genau definierbare Gruppe tödlich sein kann. Das heißt, Panik ist nicht angebracht, aber wir werden solange Sicherheitsmaßnahmen einhalten müssen, bis es eine Impfung gegen dieses Virus gibt, vermutlich also ein bis zwei Jahre.

Gerade deshalb wäre es an der Zeit, zu einer demokratischen Politik auf Basis der Grundrechte zurückzukehren. Es gilt Lösungen zu finden, die es der Risikogruppe ermöglichen, sich vor Ansteckung zu schützen, ohne dass die gesundheitlichen, psychischen, sozialen und ökonomischen Nebenwirkungen der Maßnahmen schlimmer sind als das Virus selbst. Verschiedene Konzepte müssen transparent diskutiert werden, auch Herdenimmunität darf angesichts dieser Situation kein Tabuthema sein. Die Erfahrungen, die wir alle in den letzten Wochen gemacht haben, müssen dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Bedürfnisse der Risikogruppe selbst. Die politischen Begleiterscheinungen jedenfalls bereiten mir mehr Sorgen als das Virus.

Ergänzung: Zu Redaktionsschluss haben sich auch kritische Stimmen in Österreich Gehör verschafft und es darf wieder diskutiert werden. Ich wünsche mir, dass wir aus dieser Erfahrung lernen.

## SSM Köln: »Auch mal was Positives lesen«

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

6. April 2020: 14 Tage Kontakteinschränkungen sind vorbei, das sind schon heftige Zeiten jetzt. Bei unserer Kölner Selbsthilfe-Gruppe machen gut 20 Menschen mit, wir wohnen in verschiedenen Häusern. Unsere Secondhand-Läden wurden uns dicht gemacht, ebenso die Veranstaltungshalle wie die Seminarräume. Unser Bereich der Wohnungsaufösungen ist bisher nicht betroffen, hier machen wir weiter, nur einige Aufträge wurden abgesagt. Wie weitermachen trotz halbleerer Kasse? Als erstes haben wir Kurzarbeit angemeldet, was uns finanziell bei unseren sehr geringen Gehältern aber nicht viel bringt. Überraschend kam das dreimonatige Soforthilfe-Angebot der NRW-Regierung für Unternehmen von 10 bis 50 Beschäftigte in Höhe von 25.000 Euro. Dies war tatsächlich unbürokratisch, wir hatten das Geld nach einigen Tagen schon auf dem Konto. Nun heißt es mit der Summe hauszuhalten, ohne Einschränkungen wird es nicht gehen können.

»Coronakrank« ist bis jetzt niemand bei uns. Ich persönlich habe auch keine Angst davor. Das Gefühl, immun zu sein, sehne ich geradezu herbei. Dann könnte ich endlich ohne Sorgen meine Verwandtschaft und Freund\*innen wieder besuchen. Andere sehen dies ähnlich, ein Teil hat aber auch große Sorge vor einer Ansteckung. Wir halten untereinander soweit möglich Sicherheitsabstand, teils nutzen wir Gesichtsmasken. Wir rufen uns Händewaschen auf, haben auch einen Desinfektionsspender vor dem Gruppenraum. Insgesamt empfinde ich die Stimmung bei uns als recht gelassen. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass wir sowieso alle paar Jahre große Schwierigkeiten zu bewältigen haben.

Unser aktuelles Bauprojekt gedeiht weiter: Ein kleines Café mit großer Außenterrasse samt Rheinblick. Dank großzügiger Spenden ist die Finanzierung weitgehend gesichert. Rheinspaziergänger fühlen sich lebensmunter, wenn sie Fortschritte des Baus erleben. Leser\*innen unseres Infobriefes dazu dankten dafür, endlich mal was Positives zu lesen.



▲ SSM: Trotz Pandemie kommt der Bau des Rhein-Cafés gut voran.

Foto: INA

## Angst macht unfrei

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

Ich darf nicht mehr hingehen, wo es mich hintreibt. Ich darf nicht arbeiten. Ich darf zusehen, wie immer mehr Menschen sich in Schutzkleidung hüllen, aus Pflichtgefühl, aus Angst. Ich darf zusehen, wie wir unsere Grenzen schließen, als »Schutzmaßnahme«, wie Verordnungen erlassen werden, die mir Bauchschmerzen bereiten. Das ist nur temporär, sagen sie. Und: Das sind alles sinnvolle Maßnahmen jetzt. Das sehe ich nicht.

Manche freuen sich über die plötzlich gewonnene Entschleunigung. Manche fühlen sich plötzlich verbunden und geeint im Kampf gegen einen Feind, der scheinbar keine Verbündeten macht. Manche meinen, wir befinden uns an einem Wendepunkt der Weltgeschichte: weg von stetig voranschreitender Globalisierung hin zu mehr Solidarität und Gemeinschaft. Das fühle ich nicht.

Ich fühle mich gelähmt, bevormundet. Wenn ich sage, dass ich die widerspruchsfreie Einschränkung unserer Grundrechte mehr als nur kritisch sehe, muss ich mich des Vorwurfs erwehren,

mich unsolidarisch gegenüber Risikogruppen zu verhalten. Überschätze ich etwa die Menschen, wenn ich ihnen unterstelle, dass sie prinzipiell in der Lage wären, Verantwortung für sich selbst – und auch für andere zu übernehmen? Soll ich etwa aufspringen auf den Zug und sagen, man müsse die Menschen vor sich selbst und auch voreinander schützen? Soll ich also Kontrolle mehr Kraft beimessen als Vertrauen?

Zugegeben, mein Vertrauen wurde in den letzten Wochen auf eine harte Probe gestellt: Zu oft sah ich, dass Menschen eben nicht frei und verantwortungsbewusst handelten. Doch diese Menschen handelten ja nicht aus Böswilligkeit unfrei. Sie handelten unfrei, weil sie im Zustand der Angst sind. Und in der Angst ist mensch nicht frei. Kann ich jemanden wegen seiner Angst verachten? Ja, das kann ich. Dann handele auch ich nicht frei. Dann bin ich im Zustand von Wut und Hass. Da war ich. Bis jetzt. Nun ist es an der Zeit, den Menschen aus der Angst zu helfen. Einige widmen sich dieser Aufgabe bereits, ich beginne jetzt.

## »Ich fühle mich machtlos

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Als ich zum ersten Mal die Meldungen über das Corona-Virus in China hörte, war mein erster Gedanke: »Na wunderbar, jetzt haben sie endlich einen Grund, die Grenzen zu schließen.« Inzwischen sind nicht nur Grenzen geschlossen worden – und ich frage mich, ob die Maßnahmen und ihre Folgen ausreichend mit ihrem Nutzen abgewogen wurden. Mein Gefühl sagt: Nein. Ich habe eine Menge Zeit in Fakten-Recherche gesteckt, um mir einen Überblick und eine Meinung zu verschaffen. Beides ist zum jetzigen Zeitpunkt immer noch schwierig. Was geblieben ist, ist eine grundlegende Skepsis gegenüber dem, was gerade in diesem Land passiert – auf welcher Grundlage welche Entscheidungen getroffen werden, was das für Konsequenzen hat und wer diese schlussendlich zu tragen hat. Wie sich das Verhalten von Menschen verändern kann, wenn sie sich an Anordnungen »von oben« zu halten haben. Wie schnell sich eine Meinung festigen kann, allein dadurch, dass keine ande-

re mehr gehört werden soll. Wie deutlich die Machtverhältnisse werden, wenn die Exekutive den Ausnahmezustand ausruft. Es gruselt mich.

Ich höre viele davon sprechen, dass diese Krise eine Chance ist. Eine Chance für praktische Solidarität, für das Rückbesinnen auf Werte jenseits von wirtschaftlichem Wachstum, für die Umwelt und den Klimaschutz. Mich überzeugt diese Sicht leider (noch) nicht. Ich fürchte, dass es nach dieser Krise weitergeht wie zuvor – für viele wahrscheinlich auf noch niedrigerem Niveau. Und all die solidarischen Projekte, an denen wir seit Jahren arbeiten, werden sich wohl noch eine ganze Weile an der Krise abarbeiten müssen.

Im Moment fühle ich mich vor allem machtlos. Das ist eine schmerzhaft, aber womöglich wichtige Erkenntnis: Vieles liegt einfach nicht in meiner Hand. Und das war schon immer so. Doch wie kann ich trotzdem an meiner Utopie von einer besseren Welt festhalten? Nicht den Mut verlieren? Der Rückzug ins Private, in die eigenen Strukturen – das kann doch nicht die Lösung sein. Ich hoffe, ich finde eine andere.

## GENOSSENSCHAFT ALTERSWOHNUNGEN LINTH

## In einem Haus mit »guten Geistern« wohnen

**Genossenschaft Alterswohnungen, Genossenschaft Alterssiedlung oder Genossenschaft für Alterswohnungen, oft abgekürzt als GAW, sind in der Schweiz ein auffallendes Phänomen. Solche Genossenschaften spezialisiert auf die Wohnversorgung von Senior\*innen schließen sich meistens dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz an, der Dachorganisation der gemeinnützigen Wohnbauträger. Die Genossenschaft Alterswohnungen Linth gehört zu diesem besonderen wohnungsbaugenossenschaftlichen Ansatz.**

BURGHARD FLIEGER,  
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Motor für die Gründung der Genossenschaft Alterswohnungen Linth in der Schweiz vor 28 Jahren war die Vision, vorhandene Bedarfe an Alterswohnungen im eher ländlichen Raum in Näfels und Umgebung abzudecken. Die Gründung 1992 erfolgte mit 113 Personen. Heute hat die Genossenschaft rund 600 Mitglieder. Sie verfügt über zehn Liegenschaften mit 176 Wohnungen. Die Häuser sind eher klein mit einer überschaubaren Zahl von Bewohner\*innen. Als wichtiger Meilenstein wird das Jahr 2016 hervorgehoben. In diesem Jahr kam die Gemeinde auf die Genossenschaft zu, damit sie weitere Alterswohnungen baut: Mit ihrem Konzept ist sie in der Mitte der Schweizer Gesellschaft angekommen.

Die Bewohner\*innen der Alterswohnungen sind häufig ältere Menschen, die ihre eigenen Häuser an die jüngere Generation, in die Hände ihrer Kinder weitergeben. Sie nutzen dann selbst die Wohnungsgenossenschaft als Alterssitz. Für sie ist das Wohnen in der Genossenschaft erheblich günstiger als in einem Altersheim. Den Hauptgrund, möglichst lange in der Genossenschaft zu bleiben, stellt das Geld dar. Eine Wohnung bei der Genossenschaft kostet durchschnittlich im Monat warm 1.100 Franken. Für Demenzkranke kostet das Wohnen in einem Altersheim in der Schweiz 9.000 Franken monatlich und ein einfacher Platz für noch Selbstständige bereits 5.000 Franken.

Im ersten Haus, Anfang der 90er-Jahre erbaut, liegt der Altersdurchschnitt mittlerweile bei 90 Jahren. Die Bewohner der GAW Linth gehen erst in ein Altersheim, wenn es wirklich nicht mehr anders



▲ Das Kaffi Zigerribi, ein kleines helles Cafe, dient als offener Treffpunkt für die Bewohner\*innen der Genossenschaft und der Gemeinde.

Fotos: Burghard Flieger

geht. Im Schnitt leben sie in der GAW etwa zehn Jahre, in einem Altersheim nur zwei Jahre. Das durchschnittliche Alter bei Einzug in eine Genossenschaftswohnung liegt bei 70 Jahren. Die GAW spricht bei ihrem Angebot von »Wohnen 60 plus«. Generationsübergreifendes Wohnen wird nicht organisiert, weil die meisten Älteren keine Kinder in ihrem Haus wollen. Das Schreien bzw. Kinderlärm ist für viele negativ besetzt.

#### Anforderungen der Gemeinnützigkeit

Für die Bewohner ist der Beitritt zur Genossenschaft keine Pflicht. Einige könnten sich dies finanziell auch nicht leisten. Die Verzinsung der Genossenschaftseinlagen liegt gegenwärtig bei 1,43 Prozent. Bei der Genossenschaft besteht eine Zinsbeschränkung auf 1,5 Prozent. Solche Zins- bzw. Ausschüttungsobergrenzen sind für alle gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften

typisch. Das heißt, der gemeinnützige Wohnungsbau wird in der Schweiz von Bauträgern betrieben, die gemäß Gesetz oder Statuten das Prinzip der Kostenmiete der Wohnbauförderung anwenden und keinen oder einen nach oben begrenzten Zins für das Anteilkapital bezahlen. Im Gegenzug ist die Genossenschaft steuerbefreit. Dafür gelten teils strenge Auflagen. Bei der GAW Linth dürfen Genossenschaftler\*innen bei der Vermietung nicht bevorzugt werden. Es gilt das Prinzip der Warteliste.

Bei den Bewohner\*innen sind alleinstehende Frauen die Mehrheit. An zweiter Stelle kommen Paare. Alleinstehende Männer wohnen in den Immobilien nur selten. Die Generalversammlung der Genossenschaft wurde für dieses Jahr wegen Corona in den Herbst 2020 verschoben, da von den etwa 600 Mitgliedern der Genossenschaft immer etwa ein Drittel kommen, überwiegend eben ältere Menschen.

Für die Bewohner\*innen gibt es kein Dienstleistungsmodell bzw. -angebot von Seiten der Genossenschaft, sondern nur die Betreuung durch einen Hauswart bzw. eine Hauswartin. Dies wird als Wohnen plus bezeichnet. Der Hauswart bzw. die Hauswartin geht in die Häuser, sorgt für kleine Reparaturen, Lampen auswechseln etc. Auch samstags und sonntags ist immer jemand erreichbar. Sie haben einen Schlüssel für jede Wohnung und von fast allen Bewohner\*innen auch einen Notfallkontakt. Sie bieten insofern eine Art Concierge-Dienst, also eine persönliche Betreuung für die Bewohner\*innen. Ihnen kommt in dem Konzept eine wichtige Schlüsselrolle zu. Sie sind die »guten Geister« in den einzelnen Häusern, die für Gemeinschaftsleben, Integration neuer sowie kleine Hilfen im Bedarfsfall zur Verfügung stehen

Das Putzen in den Häusern hört aber vor der Wohnungstür auf. Die meisten können sehr lange in ihrer Wohnung

leben durch die Spitex, u.a. auch durch einen Mahlzeitendienst. Die Spitex ist nicht im Haus integriert, befindet sich aber in der Nähe. Die Bezeichnung Spitex, Abkürzung für »spitalexterne Hilfe und Pflege«, ist eine im deutschschweizerischen Sprachraum verwendete allgemeine Bezeichnung für die Hilfe und Pflege zu Hause. Es entspricht dem Begriff der ambulanten Pflege in Deutschland. Das Einkaufen organisieren die meisten Bewohner selbst. Sie sollen und wollen dadurch weiter in das alltägliche Leben integriert bleiben.

#### Seniorenfreundliche Wohnungen

Die Wohnungen sind eher klein. Es sind rollstuhlgängige Wohnungen, Dusche statt Badewanne, Lift, Gemeinschaftsräume und ein Café für die Bewohner und liegen möglichst mitten im Ort. Für Besucher\*innen werden Gästezimmer angeboten. Diese sind fast immer benutzt. Eine Nacht kostet hier 50 Franken, jede weitere Nacht 20. Der Preis ist einschließlich einer Endreinigung. Ist jemand neu, gilt es die Integration ins Haus zu steuern, indem er/sie beispielsweise auf einem Fest allen Anwesenden vorgestellt wird. Andere Formen der Einbindung sind das Mitnehmen zu einem gemeinsamen Frühstück oder die Mitnahme, wenn jemand aus dem Haus im Krankenhaus besucht wird.

In den Häusern der Genossenschaft kommt es selten zu Konflikten. Gegenseitige Wertschätzung ist gegeben. Das Wohnen kann als »gutes Zusammenleben« charakterisiert werden. Die Waschküche mit Gemeinschaftswaschmaschinen ist ein wichtiger zentraler Ort der Begegnung in den Häusern der Genossenschaft. Informationen über Veranstaltungen oder anderes laufen über ein Anschlagbrett in den Hausfluren. Regelmäßig werden Gartenfeste oder auch ein Neujahrsfest durchgeführt. Einmal im Jahr findet ein Weihnachtsessen statt. Da kommen so gut wie alle, ebenfalls zu anderen Festen, die im Cafe oder im Hausflur stattfinden.

**Kontakt: Genossenschaft Alterswohnungen Linth (GAW Linth) Verwaltung: Zigerribistrasse 4, 8868 Oberurnen <http://www.gaw-linth.ch>, Mail: [gawlinth@bluewin.ch](mailto:gawlinth@bluewin.ch)**

## BUCHBESPRECHUNG

## Rechtshandbuch für traditionelle Wohnungsgenossenschaften

**Die Veröffentlichung der Rechtsanwältin Schlüter, Luserke und Roth zu juristischen Fragen, mit denen sich Wohnungsgenossenschaften auseinander setzen müssen, liegt in der zweiten Auflage vor. Zurzeit gibt es aus rechtlicher Perspektive kein Buch in vergleichbarer Qualität. Auch wenn der Anspruch anders lautet: Die Schrift eignet sich vorwiegend für traditionelle Bestandsgenossenschaften. Lösungen für neue gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Dachgenossenschaften bleiben außen vor.**

BURGHARD FLIEGER,  
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Das Handbuch hilft bei der Lösung von Anforderungen in der täglichen Arbeit - speziell von Wohnungsgenossenschaften. Es vermittelt Verantwortlichen einen Einblick in die zentralen Fragestellungen des aktuellen Genos-

senschaftsrechts. Grundlage dafür sind die typischen Mustersatzungen und Geschäftsordnungen des GdW, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.. Auf den ersten Blick stehen die üblichen Inhalte im Mittelpunkt von der Gründung einer Wohnungsgenossenschaft, über die Rechte und Pflichten der Mitglieder, die Kompetenzen von Vorstand und Aufsichtsrat bis hin zu der Organisation von Generalversammlung und Vertreterversammlung. Auch die Gestaltung von Geschäftsanteilen sowie der Umgang mit Konflikten bei Geschäfts- und Auseinandersetzungsguthaben werden umfassend behandelt.

Für Neugründungen gemeinschaftlicher Wohnprojekte als Genossenschaft oder Dachgenossenschaften als Rechtskonstrukt für relativ eigenständige Hausprojekte ist das Buch allerdings wenig hilfreich. Besonde-

re Möglichkeiten der Partizipation, beispielsweise bei der Wohnungsvergabe in einzelnen Häusern oder Mitwirkungsmöglichkeiten über Hausvereine oder Siedlungsbeiräte werden außen vor gelassen. Gleiches gilt für digitale Entscheidungsprozesse in Form virtueller Generalversammlungen oder die Einrichtung einer Kommunikationsplattform für Mitglieder. Nicht einmal auf die Vielfalt genossenschaftlicher Prüfungsverbände mit eigenständigen Mustersatzungen wird verwiesen.

Einen wichtigen Stellenwert bekommt die Veröffentlichung vor allem, wenn es um nicht vermeidbare Probleme und Konflikte von Mitgliedern und Nutzer\*innen der Wohnungen mit ihrer Genossenschaft geht. Hier werden auftretende Auseinandersetzungen aus dem Alltag und dazu vorliegende Gerichtsurteile kurz und nachvollziehbar aufbereitet. Veran-

schaulicht wird dies über zahlreiche Praxisbeispiele und Musterformulierungen in grau unterlegten Passagen. Erst dadurch bekommt die Veröffentlichung handbuchartigen Charakter. Durch die Doppelrolle Genossenschaftsmitglied und nutzendes Mitglied einer Wohnung kann es immer auch zu komplizierten Verwicklungen kommen. Das wird u.a. deutlich an einem Beispiel: Ein wohnversorgtes Mitglied hatte in einer Bausituation von seinem Mietminderungsrecht Gebrauch gemacht. Dass es dann zusätzlich auch an dem Verzicht auf Mieterhöhung analog den anderen Mitgliedern partizipieren wollte, konnte dieses Mitglied anschließend gerichtlich nicht durchsetzen.

Ergänzend zur Darstellung verschiedener Konfliktkonstellationen werden online Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt wie Mustersatzungen des GdW, Geschäftsordnungen für

Vorstand und Aufsichtsrat sowie Briefvorschläge für den Umgang mit Auseinandersetzungen. Dazu gehören Beschlussvorlagen für den Ausschluss von Mitgliedern und entsprechende Schreiben, wie dies dem jeweiligen Mitglied mitgeteilt werden sollte.

**Thomas Schlüter, Mirjam Luserke, Stefan Roth: Handbuch Wohnungsgenossenschaften. Genossenschaftsrecht für die Praxis, Freiburg (Haufe-Verlag), 2. akt. Aufl. 2019, 59,95 Euro.**

## ANZEIGE

**Genossenschaft gründen?**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)

Telefon 040 - 23 51 97 90

 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

# ÜBER DEN TELLERRAND

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

## Es ist mehr, wenn wir teilen

Am London Mathematical Laboratory (LML) wird an der Umwälzung neoliberaler Ökonomie getüftelt - mit ihren »eigenen« Methoden. Was Pionierinnen wie Elinor Ostrom mit ethnographischen Studien und ersten Theorien in die breite Öffentlichkeit hoben, in der Unternehmenswelt als Share Economy und Co-Creation wahrgenommen wurde, von Kate Raworth in der »Donut-Ökonomie« als leicht verständliches Modell mit der Nachhaltigkeit verknüpft wurde und in Deutschland von Zusammenschlüssen wie dem Commons-Institut weiterentwickelt wird, könnte in naher Zukunft ein empirisches Fundament bekommen

PAUL JERCHEL, BERLIN

Als der Physiker Murray Gell-Mann im Mai 2019 nahe seines Arbeitsplatzes am Santa Fe Institute verstarb, fand dies in weiten Teilen der Naturwissenschaften Beachtung. Nicht nur in der Teilchenphysik hatte Gell-Mann wichtige Beiträge geliefert, sondern auch zur Komplexitätstheorie, Kind der Kybernetik und Universalwissenschaft zur Beschreibung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten. Was die wenigsten aber kannten, war sein Forschungsinteresse an Fragen ökonomischer Theorie und Ungleichheit, das ihn vor seinem Tod begleitete. Sein Ko-Autor und ebenfalls Physiker, Ole Peters, setzt die Arbeiten nun mit Alexander Adamou und vielen anderen fort.

Die Wissenschaftler\*innen und Forschenden im Londoner Stadtteil Hammersmith analysieren Tauschverhalten und Wachstum und sind dabei auf einige Verzerrungen bei der Beschreibung ökonomischer Zusammenhänge gestoßen. Eine Rolle dabei spielen vor allem die Zeit beim Messen von Unterschieden und in der Erfassung von Unsicherheit. Dabei beruhen einige Grundannahmen derzeitiger Ökonometrie auf jahrhundertalter Statistik, die einen konstanten Fehler in der Beschreibung mittrage. Auch Kooperation lasse sich auch mit purem Eigennutz rechtfertigen, selbst wenn



▲ Neue Richtung in der Ökonomie: Wenn wir in regelmäßigen Abständen alles in einen Topf schmeißen und danach gerecht verteilen, haben wir alle was davon. Fotos: Lisa Engel / FOTO.RAUM

sie wie Altruismus wirke. Kurz: Der Gesamtwohlstand steigt, wenn wir in Intervallen unsere Güter zusammenlegen und zu gleichen Teilen zurücknehmen - und zwar nicht nur, wenn es wirklich notwendig scheint. Das gelte nicht nur für die Verteilung von Lebensmitteln, sondern auch für Wissen, Finanzen, technische Dokumentationen und vieles mehr. So einfach, so weitreichend.

Der Zusammenhang der Forschenden wurde auch schon mit der Bauernfabel (farmersfable.org) online animiert und veranschaulicht, als der Schriftsteller Marc Elsberg 2019 einen Roman über ihre Gedankengänge zum »Kooperationsplus« schrieb.

Schon 2016 hat Peters das Democratic Domestic Product (DDP) als Messgröße vorgestellt, anhand derer man im Gegensatz zum Bruttonationalprodukt (BIP) neben dem ökonomischen Wachstum direkte Aussagen über die Tendenz der Vermögensverteilung machen kann.

Klar wird derzeit allorts an neuen und alten Fragestellungen um die »Kooperation als evolutionärer Faktor« geforscht. Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie werden in Reallaboren und Initiativen erprobt. Die offene Entwicklung von materiellen Produkten ist mit DIN SPEC 3105 nun genormt. Dennoch kommen die Arbeiten von Peters und den anderen so

bestehend daher, weil ihr Arbeitsfortschritt durch Blogbeiträge und aktualisierte Veröffentlichungen nachvollziehbar wird: Dabei tritt ein mutmaßlicher persönlicher Standpunkt hinter der mathematischen Präzision der Grundlagenforschung zurück.

Die Lücken in der Theorie sind zum Teil offensichtlich und es macht Lust, zu versuchen sie weiterzudenken: Wo lassen sich Anknüpfungspunkte zur pluralen Ökonomie und den bestehenden Lehren der Commons-based Peer-Production finden? Welche Implikationen hat das für Grundeinkommen und staatliche wie private Fördermechanismen? Bald könnten die Forschungen Ansätze geben,

unter welchen Bedingungen eine Open-Source-Ökologie, Genossenschaften und solidarische Betriebe florieren. Ole Peters betreibt einen eigenen Blog zum Thema. Seine englischsprachigen Vorlesungsnotizen zu Ergodicity Economics können auf Spendenbasis heruntergeladen werden. Auch weitere Publikationen sind im Open Access frei einsehbar.

**Links:**  
**Ole Peters' Publikationen:** <http://tuvalu.santafe.edu/~ole/>  
**Blog mit Vorlesungsskript:** <https://ergodicityeconomics.com/>  
**TEDx-Talk (2011):** <https://www.youtube.com/watch?v=LGqQH3sYmQA>

### REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

#### Diesmal ausgiebig zum Thema »Psychiatrie«

#### Schwache Lobby und wenig Engagement für Alternativen

Wenige, oft personell schwache Betroffenenverbände versuchen, ein Sprachrohr für Menschen in geschlossenen bzw. Zwangspsychiatrien zu schaffen, so der Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen ([www.bpe-online.de](http://www.bpe-online.de)) und das Werner-Fuss-Zentrum in Berlin ([www.zwangspsychiatrie.de](http://www.zwangspsychiatrie.de)). Auch Bücher handeln meist von Betroffenen, stammen aber nicht von ihnen. Wer ein Buch von einem Betroffenen sucht, findet mit »Maßnahmenvollzug« (2016, Schwabe AG in Basel, 269 Seiten, 48 Euro) von Markus Drechsler Berichte über Zwangspsychiatrie und Sicherungsverwahrung in Österreich (Untertitel »Menschenrechte weggesperrt und zwangsbehandelt«). Sein eigenes Schicksal steht dabei nicht im Mittelpunkt, obwohl er inzwischen ganz offiziell als Justizopfer aufgrund einer Falschverurteilung gilt. Fast die Hälfte dreht sich um die rechtlichen Bedingungen, die bei Zwangsmaßnahmen kaum Grenzen setzen. Ein Vergleich mit der Rechtslage in Deutschland zeigt, dass Öster-

reich noch stärker Menschenrechte einschränkt. Der zweite Teil enthält Analysen von Gutachten und etliche Interviews mit weiteren Betroffenen bzw. Beobachter\*innen.

Was wären die Alternativen? Längst gibt es eine Debatte und Experimente für eine Psychiatrie ohne Zwang. In ganzen Regionen Italiens wird seit den 1970er Jahren auf große, geschlossene Anstalten verzichtet. Auch Deutschland hat einige Häuser, die weitgehend auf das Abschließen von Türen und den Einsatz von Zwang verzichten. Die Erfahrungen sind sehr positiv - und solche gibt es auch in anderen Bereichen der psychiatrischen Dienste. Statt Druck und Bevormundung fordern Klinikleiter Martin Zinkler, Psychologin Candelaria Mahlke und der Anwalt Rolf Marschner »unterstützende Entscheidungsfindung« und haben einen Kreis von Menschen, die in beteiligten Institutionen, an Universitäten, in politischen Gremien, Arztpraxen arbeiten oder selbst betroffen sind, eingeladen, aus ihren Tätigkeiten zu berichten. Aus den Texten ist das Buch »Selbstbestimmung und Solidarität« entstanden (2019, Psychiatrie-Verlag in Köln, 240 Seiten, 35 Euro). Es vermittelt eindrucksvoll, dass Zwang nicht alternativlos ist - auch wenn diejenigen, die ihn anwenden, das immer

wieder behaupten und viele Gerichte ihnen dabei folgen.

**Ähnliche Sammlungen und Hilfsangebote finden sich im Internet, unter anderem unter:** <https://schicksal-und-herausforderung.de>

#### Heißes Eisen »Pädophilie«

Eine populistische Entgegnung auf Kritik an Gefängnissen und Zwangspsychiatrie verweist auf sexuelle Übergriffe an Kindern. »Wollen Sie denn Kinderschänder frei rumlaufen lassen?« Eine faire Antwort muss, soll die Ablehnung an Mauern und Stacheldraht ernst gemeint sein, doppelt ausfallen. Zum einen: Ja - und das wäre besser für alle, insbesondere sicherer für die Kinder. Zum anderen: Es muss aber mehr passieren als nur das Ende von Knast und Klapse. Besser für alle wäre, wenn Menschen ihre sexuelle Ausrichtung und um Unterstützung bitten könnten. Das aber verhindert die Gefahr der sozialen Ausgrenzung bis Lynchgefahr. Pädophilie sucht sich kein Mensch aus. Sie führt zu der belastenden Situation, die eigene Sexualität ein ganzes Leben nicht ausleben zu können. Das ist ein erhebliches Handicap - es zusätzlich zu bestrafen, folglich absurd. Nur wenn es normal wird, dass Menschen ande-

ren von ihrer Neigung erzählen und darum bitten können, nicht z.B. mit Kindern allein gelassen zu werden, könnten tatsächliche Übergriffe, die meist in der Verschwiegenheit von Familie und Freundeskreisen stattfinden, vermieden werden. Es sollte aber nicht beim Absehen von Strafe oder der noch grausameren Zwangspsychiatrie bleiben. Stattdessen braucht es mehr offene zugängliche Beratung und Selbsthilfe. Auch das setzt das Ende der Stigmatisierung pädophil ausgerichteter Menschen voraus. Ein wertvolles Buch zum Umgang mit Pädophilie (wofür niemand etwas kann) haben Claudia Schwarze und Gernot Hahn unter dem Titel »Herausforderung Pädophilie« (2. Auflage 2019, Psychiatrie-Verlag in Köln, 214 Seiten, 20 Euro) herausgebracht. Es enthält neben Kurztexen von Betroffenen auch viel Material für alle, die Kinder attraktiv finden, aber nicht übergriffig werden wollen.

#### Warnung vor Anwalt\*innen

Matthias Seibt engagiert sich schon lange für Psychiatrie-Betroffene und spart nicht mit Kritik am System des Zwangs. Schlechte Erfahrungen scheint

er mit Anwalt\*innen gemacht zu haben. Im Lautsprecher Nr. 63 (Februar 2020) veröffentlichte er den Text »Der Unterschied zwischen Rechtsanwalt und gutem Rechtsanwalt«. Gleich der erste Satz hat es in sich: »95 bis 99 Prozent aller Rechtsanwälte sind grottenschlecht.« Dann erklärt der selbst in Beratung und Vorständen von Psychiatriebetroffenenverbänden aktive Autor: »Warum ist das so? Im Gegensatz zu anderen Dienstleistern (Friseur, Fahrradmechaniker) braucht man nur sehr selten einen Rechtsanwalt. Daher fehlt den meisten Mandanten eine Vergleichsmöglichkeit, wie gearbeitet werden sollte und wie das Ergebnis der Arbeit auszusehen hat. [...] Wie ein Rechtsstreit funktioniert und welche Ergebnisse man in welcher Zeit erwarten kann, wissen wir nicht. [...] Daher vertrauen wir dem Fachmenschen Rechtsanwalt blind.« Im Text folgen konkrete Kritikpunkte und Tipps, sich selbst kundig zu machen und dann doch die richtige Rechtsvertretung zu finden.

**Link:** [www.psychiatrie-erfahrene-nrw.de/wersind-wir/lautsprecher/63e.pdf](http://www.psychiatrie-erfahrene-nrw.de/wersind-wir/lautsprecher/63e.pdf)

Jörg Bergstedt





VIELFÄLTIGES ENGAGEMENT IN DER »PRESSEHÜTTE«

# Unser Mut wird langen ...

Die »Pressehütte Mutlangen« bietet ein Dach für Friedensaktivitäten. Ausstellungstücke erinnern daran, dass der gewaltfreie Protest gegen die einst dort stationierten US-Atomraketen erfolgreich war. Junge Menschen aus der ganzen Welt haben in Internationalen Workcamps die ehemalige Scheune umgebaut. Heute ist die Pressehütte ein Tagungs- und Seminarhaus im Selbstversorgerstil, das jede/r Interessierte mieten kann.

WOLFGANG SCHLUPP-HAUCK, MUTLANGEN

Die Bilder der Promi-Blockade mit Heinrich Böll, Petra Kelly und Günter Grass vor dem Atomwaffenlager Mutlangen gingen 1983 rund um die Welt. Die Pershing II-Raketen wurden trotzdem stationiert.

Der gewaltfreie Widerstand riss aber nicht ab. Mit der »Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung« gelang es sogar, ihn kontinuierlich zu steigern. Beim Blockadeherbst 1986 wurde in Mutlangen vier Wochen täglich blockiert. Anlaufstelle und Informationszentrum war die »Pressehütte«. Rund 1.000 Menschen wurden wegen der Blockaden festgenommen. Aufgrund des INF-Abrüstungs-Vertrags, den Michail Gorbatschow und Ronald Reagan 1987 unterzeichneten, wurde die Kampagne dann beendet. Die Pershing II wurden abgezogen. Die Verurteilungen der Blockade-Teilnehmenden wegen »Nötigung« wurden aufgehoben und die Betroffenen entschädigt. Wo einst Atomraketen standen, spielen heute Kinder.

Kamen damals die Menschen zum Atomraketen-Standort Mutlangen, so engagieren die Aktivist\*innen der Pressehütte sich heute anderswo. Mit Workcamps, die in Mutlangen starten und am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel fortgesetzt, bringt die »Friedenswerkstatt« jungen Menschen aus aller Welt Fragen der Gewaltfreiheit und der nuklearen Abrüstung näher. Die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen sammelt auch Mittel, um die Nutzung der Grundstücke beim Fliegerhorst Büchel langfristig zu sichern.

Für die Prominentenblockade 1983 hatte ein Mutlanger Ehepaar eine ehemalige Scheune zur Verfügung gestellt. Der Verein »Friedens- und



▲ Marion schickt die Atomrakete retour

Illustration: Friedhelm Fett

Begegnungsstätte Mutlangen« erwarb in der Folge das an der Zufahrtsstraße zum Atomwaffenlager gelegene Gebäude. Von hier aus beobachtete die »Dauerpräsenz« die Transporte der Pershing II-Raketen und organisierte deren Verfolgung. Nach Abzug der Pershings wurde der Verein »Friedenswerkstatt Mutlangen« gegründet. Er engagiert sich in der Bildungsarbeit, organisiert internationale Workcamps und seit 2004 Aktionsreisen von jungen Menschen zur UNO.

In der Pressehütte wird auch der »FreiRaum«, ein Magazin für eine Welt ohne Atomwaffen und die friedliche Nutzung des Weltraums herausgegeben. Es berichtet über die Aktivitäten der Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei, jetzt!«, die Aktivitäten der »Mayors for Peace« (Bürgermeister für den Frieden) und aus dem »Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space«.

Die Pressehütte bietet außerdem Wohnraum für zwei Flüchtlingsfamilien aus Afghanistan. In der

Pressehütte werden die Selbstverpflichtungen zu regelmäßigen Aktionen für die Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!« gesammelt. Die Beteiligten wissen: Entweder wir schaffen die Atomwaffen ab - oder sie werden uns abschaffen.

Contraste-Autor Wolfgang Schlupp-Hauck ist Vorsitzender der »Friedenswerkstatt« in Mutlangen

Weitere Informationen: [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de)  
Projektkoordination: [aralym@pressehuette.de](mailto:aralym@pressehuette.de)

## BÜCHELER AKTIONSPRÄSENZ 2020

### Viele Pläne vieler Gruppen

Die »Aktionspräsenz« am Atomwaffenstandort Büchel wird von der Kampagne »Büchel ist überall! - atomwaffenfrei, jetzt!« seit 2016 jedes Jahr wieder gestaltet. 2020 hätte die Aktionspräsenz mit einem Auftakt am 26. März beginnen sollen, dem 10. Jahrestag des Bundestagsbeschlusses zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, der durch Verhandlungen im NATO-Bündnis umgesetzt werden sollte. Das ist nicht geschehen!

MARION KÜPKER,  
GEWALTFREIE AKTION ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN

Arun Gandhi, der Neffe von Mahatma Gandhi, der zu diesem Jahrestag nach Büchel kommen wollte, musste aufgrund der Corona-Epidemie absagen. Auch der 10. Bücheler Ostermarsch konnte daher nicht stattfinden. Der für Juni geplante Kirchliche Aktionstag wurde verschoben. Doch ab Anfang Juli soll bis zum 9. August wieder ein Friedenscamp am Fliegerhorst entstehen, sofern die Behörden uns dieses aus »Gründen des Insektenschutzes« nicht verweigern. Der Bürgermeister von Alfien – einem Nachbarort von Büchel – hat eine sogenannte Eh-da-Blütenwiese auf den möglichen Campflächen beim Haupttor angemeldet. Wir arbeiten nun an einer Einigung, notfalls mit rechtlichen Schritten. Anfang Juli soll das Protestcamp mit der IPPNW-Woche beginnen. IPPNW ist die Internationale Ärzteorganisation zur Verhütung eines Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung. Danach folgen die Tage der DKP/SDAJ, die Internationale Woche mit vielen Aktiven aus den USA und dem europäischen Anti-Atomwaffen-Widerstand (sofern sie wegen Corona einreisen dürfen) und gemeinsam mit dem Internationalen Mutlanger Jugend-Workcamp; danach die Quäker, die Friedensfahrradtouren der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgeg-

ner\*innen) aus Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie die Fastengruppe des Pfarrers Matthias Engelke vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

#### Prozessbeobachtung erwünscht

Es soll ab Juni viele gerichtliche Prozesse zu den Aktionen der letzten Jahre geben: Am 10. Juni 2020 ab 9 Uhr werde auch ich meinen Prozess gemeinsam mit einer Catholic Worker-Aktivistin aus Amsterdam und einer weiteren Frau aus Dortmund im Amtsgericht Cochem haben. Es geht hier um Aktionen des Zivilen Ungehorsams während der Internationalen Woche. Wegen zweier Go-In-Aktionen am 30. April 2019 wurden 17 Strafbefehle verhängt. Fünf von ihnen wurden vom Amtsgericht Cochem für Mittwoch, den 3. Juni 2020 um 8.30 Uhr geladen, weitere 10 für Mittwoch, den 24. Juni 2020, ebenfalls um 8.30 Uhr.

Für mich steht die Drohung eines jederzeit möglichen Atomkrieges genauso lebensbedrohlich im Raum wie die Folgen des Klimawandels, sofern wir diese menschengemachten Gefahren nicht abschaffen.

Marion Küpker ist Friedensreferentin des Versöhnungsbundes und Internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen sowie Sprecherin der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei, jetzt!« 2019 erhielt sie den Aachener Friedenspreis.

Weitere Informationen: [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

Aktuelles zu den Prozessen: <https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/>

Auf [www.buechel-atombombenfrei.de](http://www.buechel-atombombenfrei.de) stehen unter »Kalendar« alle weiteren Termine während der Aktionspräsenz. Dieser Terminkalender wird laufend aktualisiert.

## ÖFFENTLICHE FASTENAKTION

### Atomare Allmachtsphantasien kontern

Nach wie vor lagern Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland. Auf dem Fliegerhorst Büchel der Bundeswehr üben deutsche Piloten ihren Abwurf. Dies ist die nukleare Teilhabe, wie es verharmlosend bezeichnet wird, der Bundesregierung. Damit hat sie an dem Unrecht teil, das die Atomwaffen darstellen. Ihre Lagerung, Androhung und Anwendung widersprechen der Menschlichkeit, dem Völkerrecht und, für mich nicht unwichtig, dem christlichen Glauben.

MATTHIAS ENGELKE, INTERNATIONALER VERSÖHNUNGSBUND

Die zu einer Atombombe gewordenen Allmachtsphantasien von Wissenschaftlern und Politikern setze ich in der Fastenaktion der vollkommenen Ohnmacht aus. Diese Ohnmacht verlege ich nach außen. Sie wird öffentlich. Als eine Dauerdemonstration schlage ich mein Fastenzelt auf öffentlichen Plätzen dort auf, wo ich eingeladen werde. In der Vergangenheit zum Beispiel in Konstanz, Schwäbisch-Gmünd, Krefeld, Wiehl, Nettetel und Mainz. Die Fastenaktion endet am Nagasaki-Gedenktag, dem 9. August. Solange noch Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland lagern, beginnt die Fastenaktion Jahr für Jahr einen Tag eher. Sie begann 2010 am Abend zum Hiroshima-Gedenktag, dem 5. August. Sie wird 2020 am 26. Juli auf dem Marktplatz von Gau-Algesheim beginnen und dann nach Mainz ziehen. Den Abschluss bildet ein 24-stündiges Dauergebet vom 8. bis 9. August, von 11.02 Uhr bis 11.02 Uhr an der Zufahrt zum Atomwaffenlager Büchel.

Als Militärfarrer in Idar-Oberstein, 1997-2004, begegnete ich Soldaten, die innerhalb der Befehlskette direkt mit Atomwaffen zu tun hatten. Die 2. Luftwaffendivision in Birkenfeld war verantwortlich für den Fliegerhorst in Büchel. Während dieser Zeit wandelte ich

mich zu einem, der landläufig Pazifist genannt wird. Ich lehne –ismen ab und möchte auf dem Weg Jesu bleiben. Seit dieser Zeit engagiere ich mich als Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und eine atomwaffenfreie Welt.

Die Atomwaffen bedrohen das ganze Leben der gesamten Menschheit und unserer Mitwelt. Darum ist es wichtig, dass immer wieder und vermehrt Menschen nach Büchel kommen, um dort für den Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland zu demonstrieren.

Genauso wichtig ist es, dass die Atomwaffenproblematik zu den Menschen kommt. Darum lade ich dazu ein, jeweils am 9. eines Monats in einem Schweigekreis auf öffentlichen Plätzen die Bundesregierung aufzufordern, die nukleare Teilhabe zu beenden. Büchel ist überall. Die Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika haben in Deutschland nichts zu suchen. Sie gehören aus der Welt geschafft.

Matthias Engelke ist evangelischer Pfarrer und aktiv im Kampagnenrat von »Büchel ist überall! atomwaffenfrei, jetzt!«, Mitglied im Initiativkreis gegen Atomwaffen und Träger des Aachener Friedenspreises 2019

Weitere Informationen: <https://www.versoennungsbund.de/iga>

#### Internationaler Versöhnungsbund

Der deutsche Zweig ist seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Krieg und Unrecht. Er vereint Menschen, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen, gewaltsame Strukturen bekämpfen und friedensfördernde schaffen wollen. An der Gründung von »War Resisters International«, »Service Civil International«, »Eirene« und »Peace Brigades International« war der Versöhnungsbund maßgebend beteiligt.

## SCHWERPUNKT BÜCHEL IST ÜBERALL



MITBEGRÜNDER DER »ATOMWAFFENFREI JETZT!«-KAMPAGNE

## Atomare Abrüstung in der DNA

»Frieden politisch entwickeln« lautet der Slogan von »Ohne Rüstung Leben«, einer evangelischen Friedensinitiative, die sich seit über 40 Jahren gegen Atomwaffen engagiert.

SIMON BÖDECKER, OHNE RÜSTUNG LEBEN

»Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben« – als im April 1978 mehrere evangelische Pfarrer mit dieser Erklärung an die Öffentlichkeit gingen, war klar, worauf sie sich bezogen: Die Aufrüstung Europas mit Atomwaffen zum vermeintlichen Schutz vor der Sowjetunion. Damit sprachen die Pfarrer aus, was viele dachten. Und sie gaben diesen Vielen eine Möglichkeit, sich auch selbst zu positionieren: Innerhalb von rund fünf Jahren unterzeichneten mehr als 23.000 Menschen die Erklärung.

Aus der Initiative von damals ist eine gemeinnützige Organisation geworden, die unter dem Namen »Ohne Rüstung Leben« dafür eintritt, Frieden politisch zu entwickeln. Zum Beispiel mit Bildungs- und Informationsangeboten zu Friedensthemen. Was in der Fülle der Nachrichten oft untergeht, bietet »Ohne Rüstung Leben« bei Workshops, Veranstaltungen, in ihrer Zeitung und im Internet: fundierte Argumente für ein Atomwaffenverbot und inspirierende Ideen dazu, wie Frieden nachhaltig gefördert werden kann. Daneben sind Kampagnen wie die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« ein wichtiger Teil der Arbeit.

Keine Frage, auch das Engagement für atomare Abrüstung ist zentraler Teil der DNA von »Ohne



▲ Trommelaktion vor dem Fliegerhorst Büchel

Foto: Friedhelm Fett

Rüstung Leben« geblieben. Mehr als 13.500 Atomwaffen bedrohen heute noch die Menschheit. Und durch die Kündigung wichtiger Abrüstungsverträge wächst die Gefahr – ein globales Problem, das globale Antworten braucht. Deshalb

ist »Ohne Rüstung Leben« offizieller deutscher ICAN-Partner und damit aktiver Teil eines weltweiten Netzwerkes, das sich mit vielfältigen Aktivitäten für den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen stark macht.

In Deutschland war die Organisation von Beginn an aktives Mitglied im Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen«, der die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!« ins Leben gerufen hat. Gemeinsam mit dieser Kampagne erinnert »Ohne Rüstung Leben« derzeit daran, dass der Deutsche Bundestag am 26. März 2010 fraktionsübergreifend für Verhandlungen über einen Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland gestimmt hat. Gut 45.000 Aktionspostkarten hat die Organisation verbreitet. Sie fordern das Parlament auf, sich für die längst überfällige Umsetzung des Beschlusses zum Atomwaffenabzug einzusetzen. In Büchel ist »Ohne Rüstung Leben« ebenfalls vertreten – zum Beispiel beim Ökumenischen Aktionstag gegen Atomwaffen, der in diesem Jahr am 6. Juni stattfinden sollte. Leider fällt er aber aufgrund der Corona-Krise aus.

Ohne Rüstung Leben ist unabhängig, finanziert sich zu mehr als 80 Prozent aus Spenden und erreicht mit seinen Informationen und Kampagnen regelmäßig mehrere zehntausend Menschen – die Organisation ist damit auch ein lebendiges Beispiel dafür, wie aus dem Engagement einzelner eine wirkungsvolle Initiative entstehen kann.

Der Autor ist als hauptamtlicher Mitarbeiter bei »Ohne Rüstung Leben« verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und das Engagement für Atomare Abrüstung.

Link:  
[www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)

## INITIATIVKREIS GEGEN ATOMWAFFEN

## Nicht länger Zielscheibe sein

Als Initiatorin des »Initiativkreis gegen Atomwaffen« bekam die Apothekerin Elke Koller 2019 den Aachener Friedenspreis. Sie hatte vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Atomwaffen-Stationierung in Büchel geklagt – ohne Erfolg. Dennoch setzt sie ihr Engagement im Rahmen der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!« fort.

ELKE KOLLER, LEIENKAUL

Als ich 1996 in der Zeitung las, dass vor dem Tor des Fliegerhorst Büchel einige Menschen gegen die dort stationierten Atombomben protestierten, war ich überrascht und wütend. Wütend auch deshalb, weil ich damals Fraktionsvorsitzende der

Grünen im Kreistag Cochem-Zell war und nicht wusste, dass ich meinen Wohnort an so einem gefährlichen Ort gewählt hatte. Sofort schloss ich mich den Protesten an und unterstützte den im folgenden Jahr stattfindenden großen Protestmarsch mit 200 Teilnehmern. Und ich begann eigene Veranstaltungen zu organisieren. Während die Kreisgrünen, deren Vorsitz ich innehatte, sich wegduckten, unterstützten mich die Landesgrünen mit parlamentarischen Anfragen.

Einen positiven Schub bekamen unsere Proteste, als im Jahr 2002 der ehemalige Militärpfarrer Dr. Matthias Engelke zu unserer Gruppe stieß. In der tiefkatholischen Eifel war ein Pfarrer gleichsam der Türöffner und konnte uns das Image »krimineller Chaoten« nehmen, das uns wegen

der Aktionen des Zivilen Ungehorsams angeheftet worden war. Mit der Aktion »Jericho in der Eifel« umrundeten wir sieben Jahre hintereinander den Atomwaffenstandort. Als Abschluss fand die bis dahin größte Protestveranstaltung mit mehr als 2.000 Teilnehmern statt.

Seit 2010 organisieren wir auch den Ostermarsch, der inzwischen die meisten Teilnehmer in Rheinland-Pfalz anzieht. Neben kleineren Protestaktionen »Wir kehren die Bomben weg« und zu Ehren von St.Martin, der ja der erste Kriegsdienstverweigerer war, nehmen wir auch regelmäßig am Rheinland-Pfalz-Tag teil, um ein Gegengewicht gegen die überbordende Militärpräsenz zu bilden. Immer wieder unterstützen wir auch die Großveranstaltungen, sei es bei einer

Musikblockade der »Lebenslaute«, bei einem Konzert mit Konstantin Wecker, beim Kirchenaktionstag unter anderem mit Margot Käßmann und bei vielen anderen Veranstaltungen.

2016 wurde von uns zudem in der Nähe zum Haupttor des Fliegerhorstes eine Friedenswiese eingerichtet, auf der neben einem christlichen Bildstock und einer von einem Moselwinzer gestifteten Glocke viele Banner für einen immerwährenden Protest sorgen.

Für diese vielfältigen Aktionen wurde dem Initiativkreis 2019 der Aachener Friedenspreis verliehen. Das ermutigt uns, nicht nachzulassen, bis die Bomben aus Büchel abgezogen worden sind. Denn wir wollen nicht länger als Zielscheibe für einen Atomkrieg dienen!

## ANZEIGEN

## graswurzel revolution



GWR 449, Mai 2020  
Covid-19-Kapitalismus

Probexemplar kostenlos:  
[www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

## VERBINDUNG VON GLAUBEN UND AKTION

## Beseelt vom Gedanken, positiv für den Frieden zu wirken

Hope Rauguth vertritt die Deutsche Sektion des weltweiten Friedensnetzes »Pax Christi International« im Kampagnenrat von »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!«.

HORST PETER RAUGUTH, SAARBRÜCKEN

Ich heiße Horst Peter, von Kindesbeinen an genannt Hope (der Name, hope=Hoffnung, ist Programm), Rauguth, 66 Jahre, verheiratet im 40. Jahr, zwei erwachsene Töchter; ich bin Theologe, Politikwissenschaftler, geweihter Diakon der Katholischen Kirche, Pazifist, Veganer (seit 33 Jahren). Nach meiner Kriegsdienstverweigerung – begründet aus christlich-ethischen Gründen (Wie kann ich als Teil der für den Zweiten Weltkrieg und Massenvernichtung verantwortlichen Menschengemeinschaft Deutschland und in meinem Glauben an einen menschenfreundlichen Gott dazu beitragen, dass sich die auch von Christen begangenen Gräueltaten nie mehr wiederholen?) bin ich, beseelt von dem Gedanken, etwas Positives für den Frieden zu tun, pax christi beigetreten. Dabei war die positive Einstellung zur Kriegsdienstverweigerung, die Entstehung aus der Versöhnung mit Frankreich, dem Land der Emigration der Familie meiner Mutter

unter Hitler und die Verbindung von christlichem Glauben und politischer Aktion, bestärkend. Schwerpunkt meines Engagements war von Beginn der Kampf gegen Atomwaffen, die das Potential zu besonders gravierendem Gräuelt in sich tragen. Meine Mitgliedschaft als Geistlicher Beirat im Bundesvorstand von pax christi seit sieben Jahren ließ mich die Vertretung der Bewegung im Kampagnenrat »atomwaffenfrei« übernehmen. Dort führe ich regelmäßig Protokoll bei den Treffen und organisiere den kirchlichen Aktionstag in Büchel gemeinsam mit Vertretern aus vielen evangelischen Landeskirchen. Dass die Ablehnung und Ächtung von Atomwaffen, ihrer Herstellung und ihrem Besitz inzwischen gemeinsame Haltung in der Katholischen Kirche in Deutschland und in Rom ist, führe ich auch auf das jahrzehntlange Engagement von pax christi zurück, zu dem ich beitragen durfte. »Die pax christi-Bewegung erinnert mit ihrem Engagement gegen Atomwaffen auch an die Forderungen des Zweiten Vatikanischen Konzils in seiner Pastoral-Konstitution »Gaudium et Spes« (1965) in Nr. 80: »Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung ... abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest

und entschieden zu verwerfen ist.« Dass wir uns an solchen Wahnsinn nicht gleichgültig gewöhnen, muss die Sache aller sein, die den Frieden Christi in diese Welt zu vermitteln bereit sind. Auf Deutschland bezogen fordern wir, dass die Bundesregierung ein Zeichen setzt, dem Atomwaffenverbotsvertrag beiträgt und sich für ein Ende der Abschreckung und aller Atomwaffen profiliert einsetzt.« (aus der Erklärung des pax christi-Präsidenten zum Hiroshimataag 2017)

## pax christi

ist die internationale katholische Friedensbewegung. Der Name (der Friede Christi) ist Programm: »pax christi« verbindet Gebet und Aktion. Entstanden ist die Bewegung am Ende des Zweiten Weltkrieges, als französische Christinnen und Christen ihren deutschen Schwestern und Brüdern zur Versöhnung die Hand reichten. Die Deutsche Sektion e.V. ist Mitglied des weltweiten Friedensnetzes Pax Christi International.

Link: [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)



WELCHE STRATEGIE VERFOLGEN WIR BIS ZUM JAHR 2023?

# Schritte von unten nach oben

ICAN Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN - Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) und damit Mitglied eines globalen Bündnisses von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

HEIDI KASSAI, ICAN DEUTSCHLAND

Ich bin seit 2012 Kampagnenratsmitglied bei »atomwaffenfrei.jetzt« und seit 2015 Mitglied von ICAN. Ich arbeite ehrenamtlich für das Verbot der hoffentlich letzten Gattung der Massenvernichtungswaffen: Atombomben. Das Thema betrifft uns alle, aber nur wenige wissen, auf welchem Pulverfass wir sitzen. Atombomben werden nicht ausreichend in der öffentlichen Debatte diskutiert. Umso mehr ist meine Bemühung, politische Entscheidungen zu ermutigen, die das Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren, maßgeblich unterstützen.

Unsere Forderung an die Bundesregierung ist der Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Da sich diese jedoch bisher noch weigert, haben wir als Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« begonnen, den Weg dorthin von unten nach oben, Schritt für Schritt zu ebnet. Seit etwa zwei Jahren sammeln wir online und offline Unterschriften für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages: Derzeit sind wir fast bei



▲ Auftakt der Aktionspräsenz in Büchel 2017

Foto: Herbert Sauerwein

100.000 Unterschriften gelangt und wollen bis zur Ratifizierung weiter sammeln.

Im Falle eines Atomkriegs wären Städte die Ziele der Aggressoren. Daher gibt der ICAN- Städteappell den Bürgermeister\*innen die Möglichkeit, sich für den Schutz ihrer Bürger\*innen präventiv

einzusetzen, indem sie ebenfalls die Regierung auffordern, sich zum Atomwaffenverbot zu bekennen. Inzwischen haben sich über 87 deutsche Städte (darunter fast alle Landeshauptstädte) und 5 Landkreise diesem Appell angeschlossen. (Stand: 31. März 2020). Auch die Landtags-

Bundestags- und Europaparlaments-Abgeordneten können diese Forderung an die Bundesregierung unterstützen. Derzeit haben 538 Abgeordnete die ICAN-Abgeordnetenerklärung unterzeichnet. Als vierte Instanz ermutigen wir auch die einzelnen Bundesländer, sich mit einem Parlamentsbeschluss für das UN-Atomwaffenverbot auszusprechen. Vier Bundesländer haben einen solchen Beschluss bereits gefasst. Schließlich wurde ein Freundeskreis der Mitglieder des Bundestages für den Atomwaffenverbotsvertrag gegründet. Hier sind Mitglieder aller Parteien, außer der AfD, eingeladen, sich in einem regelmäßig stattfindenden Gesprächskreis der Ratifizierung anzunähern.

Für die nächste Bundestagswahl 2021 arbeiten wir darauf hin, dass möglichst viele Parteien die atomare Abrüstung und das Atomwaffenverbot in ihren Wahlprogrammen verankern. Wir möchten dazu erreichen, dass 1.000 Abgeordnete und mindestens 10 Landtage sich für ein Atomwaffenverbot aussprechen.

Auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist für ein Atomwaffenverbot – das zeigen Umfragen immer wieder. Wir gehen davon aus, dass die deutsche Regierung sich schließlich dieser Mehrheit beugen wird und Deutschland nach dem vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie auch atomwaffenfrei wird.

Link: <https://www.icanw.de/>

Unterschriftenaktion: <https://aktion.nuclearban.de/node/9>

PETITIONEN, FLAGGENTAG UND FAHRRADTOUR

# Kräfte bündeln und kooperieren

Wie eine außerparlamentarische Initiative und politische Strukturen im Streben nach der Abrüstung aller Atomwaffen fruchtbar zusammenarbeiten, schildert Heidemarie Dann vom Hiroshima-Bündnis Hannover.

HEIDEMARIE DANN, HANNOVER

2003 startete die Konferenz der »Mayors for Peace« (Bürgermeister für den Frieden) einen Aktionsplan »Vision 2020«. Als wichtigste Schwerpunkte waren zwei Dinge benannt: Es gab ein Hiroshima-Nagasaki-Protokoll, das 2010 mit weitreichenden Forderungen als Ergänzung zum Nichtverbreitungsvertrag von der NPT Konferenz (NPT = Nonproliferation Treaty) angenommen werden sollte. Zudem gab es die Unterschriftensammlung C A N T (Cities Are Not Targets

– Städte sind keine Atomwaffenziele), mit der mehr als 110.000 Menschen erreicht wurden. Ein wesentlicher Punkt dieser Petition bestand in der Forderung nach der kompletten Abschaffung der Atomwaffen bis 2020. Wir vom Hiroshima-Bündnis Hannover konnten diese Zielvorstellung mit unserer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und damit die »Mayors for Peace« bekannter machen.

Hannover ist seit 1983 die Partnerstadt von Hiroshima und eine der ersten Mitgliedsstädte dieser Organisation. Ihr haben sich bisher 685 Städte weltweit angeschlossen. Hannover stellt mit dem Oberbürgermeister den Vizepräsidenten und stellt das Organisations- und Koordinationsbüro für Deutschland.

Zeitgleich hatte sich das Hiroshima-Bündnis Hannover gegründet, auch um diese landesweite kommunale Initiative mit einer außerparlamentarischen politischen Organisation kritisch zu begleiten.

Wir wollten auch für kritische Stimmen aus Japan Ansprechpartner sein. Über die Jahrzehnte hat sich eine gute Kooperation mit dem Rathaus entwickelt. Ein Beispiel dafür war der Flaggentag 2018, den die »Bürgermeister für den Frieden« mit dem Aufhängen der »Mayors for Peace«-Flagge besonders hervorheben.

Der Flaggentag erinnert an das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) in Den Haag vom 8. Juli 1996. Dieses stellt fest, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen gegen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstoßen. Damit gab es eine direkte inhaltliche Verbindung zur CANT-Initiative der »Mayors for Peace« und zu dem am 7. Juli 2017 von 122 Staaten in der UNO verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag.

Er fordert dazu auf, Verhandlungen über die vollständige Ächtung von Atomwaffen aufzunehmen mit dem Ziel nuklearer Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle. Die Idee, mit einer Radtour zum Flaggentag am 8. Juli 2018 – durchgeführt vom Hiroshima-Bündnis Hannover, dem Friedensbüro Hannover und dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) – die Folgen eines Atombombenabwurfs über dem Rathaus in Hannover erfahrbar zu machen, wurde durch das Büro der »Mayors for Peace« personell (Redebeitrag des Bürgermeisters Thomas Hermann, SPD) und finanziell (Flyer) unterstützt. Es ist ein Beispiel für eine gelungene Kooperation, die auch in der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt«, in der ich als Vertreterin vom Hiroshima-Bündnis Hannover mitarbeite, fortgeführt wird.

JUGENDDLEGATION BEI DER UNO IN NEW YORK

# »Scheinheiligkeit beenden!«

18 junge Atomwaffengegner\*innen nahmen als Vertreter\*innen der Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!« 2019 an der Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungs-Konferenz des Atomwaffenverbotsvertrages (NPT/Non-Proliferation-Treaty) bei den Vereinten Nationen in New York teil.

KATHARINA MÜLLER, KÖLN

Im Rahmen meiner Arbeit bei der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), die zum Trägerkreis der Kampagne gehört, durfte ich im letzten Jahr die DFG-VK-Jugenddelegation organisieren. In mehreren Treffen bereiteten wir uns auf unseren Auftritt bei den Vereinten Nationen vor. Die Jugendlichen erarbeiteten sich im Vorfeld grundlegende Informationen zum Atomwaffenverbotsvertrag. Er verbietet die Verbreitung von Atomwaffen, verpflichtet die Vertragsstaaten zur Abrüstung und regelt das Recht auf die »friedliche Nutzung« von Atomenergie. Für die Vertragsstaaten sind diese Konferenzen wichtig, um Fortschritte zu überprüfen und gemeinsame Ziele zu verhandeln und beschließen. Für die Zivilgesellschaft sind die Konferenzen aber

mindestens genauso bedeutend. Hier können Friedensorganisationen Druck machen, sich einmischen, austauschen und vernetzen. Da ist die Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!«, in der wir uns engagieren, natürlich dabei.

»Wir sind hier, weil unsere Vertreter\*innen versagt haben«, erklärten wir in unserer gemeinsam verfassten Rede: »Sie haben versagt, entscheidenden Fortschritt hin zu vollständiger nuklearer Abrüstung zu machen. Es fehlt der politische Wille der Atomwaffenstaaten und ihrer Verbündeten.« Mit unseren klaren Forderungen nach einer atomwaffenfreien Welt und der dringenden Bitte an die Regierungsvertreter\*innen, die Gefahr eines erneuten nuklearen Wettrüstens ernst zu nehmen, erhielt die Rede – entgegen der Sitzungsordnung – nicht nur seitens der Zivilgesellschaft, sondern auch aus den Reihen der Diplomaten Applaus. »Es ist an der Zeit, Scheinheiligkeit und undurchsichtige Politikgestaltung zu beenden. Insbesondere die NATO-Staaten nehmen für sich in Anspruch, Menschenrechte zu vertreten, aber verletzen ihre eigenen Standards. Diese gegenwärtige Politik muss verbessert werden!«

Wir verfolgten vor allem ein Ziel: Wir wollten gehört werden. In Diskussionen und Gesprächen vertraten wir unsere Standpunkte gegenüber Vertreter\*innen Deutschlands, Russlands, der USA und vielen weiteren Ländern. Auch hier fielen klare Worte: »Der Atomwaffenverbotsvertrag wird kommen. Die Frage ist: Möchte Deutschland dann auf der richtigen Seite der Geschichte stehen?«, fragte eine unserer Delegierten den deutschen Abrüstungsbeauftragten.

Wir erhielten auch die einzigartige Gelegenheit, einen Überlebenden des Atombombenabwurfs auf Nagasaki zu treffen. Kido Sueichi berichtete uns vom unvorstellbaren Grauen, das die Atombombe über ihn und seine Mitmenschen brachte und bestärkte uns in unserem Engagement. »Wir dürfen nicht akzeptieren, dass ein Staat die Fähigkeit dazu hat, alles Leben auf dieser Erde zu beenden.« Sueichis Worte geben mir bis heute viel Motivation für den langwierigen Kampf gegen die Atombombe. Um Leid, wie es Sueichi erfahren musste, in Zukunft zu verhindern, gehen wir weiter auf die Straßen und sind auch im nächsten Jahr auf der großen Überprüfungs-Konferenz des Atomwaffenverbotsvertrages dabei!

DFG-VK

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen (DFG-VK), gegründet 1892, ist eine pazifistische Organisation. In ihr haben sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen zusammengeschlossen, die ihre Verantwortung für eine menschenwürdige Zukunft ernst nehmen wollen. Sie handeln nach der Grundsatzklärung der »War Resisters International«: »Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.«

ANZEIGE

**iz3w**

**UNO am Ende? – 75 Jahre unverante Nationen**

Außerdem:  
Brief aus Teheran |  
Rückkehr nach Belgrad |  
Corona in der Welt

52 Seiten, € 6,-

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

## SCHWERPUNKT BÜCHEL IST ÜBERALL



ATOMWAFFEN, ZIVILER UNGEHORSAM UND PROZESSE

## Vom Atomwaffenlager in den Gerichtssaal

Gemeinsam mit Aktivist\*innen von »JunepA« (Junges Netzwerk für politische Aktionen) und weiteren Unterstützenden hat der Arzt Ernst Ludwig Iskenius die Kampagne »WiderSpruch« ins Leben gerufen. Ihr Ziel: die Rechtswidrigkeit der Atomwaffen auch vor Gericht thematisieren.

ERNST LUDWIG ISKENIUS, IPPNW

Die Hoffnung vieler Menschen, mit der Beendigung des Kalten Krieges auch eine neue Atomwaffenabrüstungsdynamik zu entfalten, hat sich zerschlagen. Auch die konsequenzlose Ankündigung der Obama-Administration, auf eine atomwaffenfreie Welt hinzuwirken, scheiterte am Macht- und Vorherrschaftsdenken insbesondere der Atomwaffenstaaten. Das sind aktuell neun Staaten, die nicht gewillt sind, ihr alles Leben auf diesem Planeten bedrohendes Gefahrenpotential abzubauen und die Menschheit in einer atomaren Geiselhaft halten. Noch nie wurden so viel Geld und Ressourcen in die atomare Bewaffnung investiert wie zur Zeit und in naher Zukunft. Und wie zur Zeit des Kalten Krieges beschuldigen sich die Atommächte gegenseitig, diese Dynamik anzufachen. Die Atomic Scientists, ein internationaler Zusammenschluss von Atomwissenschaftler\*innen, sehen zur Zeit die Welt so nahe an der atomaren Katastrophe wie niemals zuvor. Ihre symbolische »Doomsday-Uhr« (Weltuntergangsuhr) haben sie auf 100 Sekunden vor 12 gestellt.

Auf der anderen Seite hat sich eine weltweite, breit in der Zivilgesellschaft aufgestellte Bürgerbewegung (ICAN, International Campaign to Abolish Nuclear weapons) gegen diesen atomaren Unsinn gebildet.

## Die deutsche Atomwaffenpolitik

Entgegen dem Willen der bundesdeutschen Mehrheit, ja auch dem der Weltbevölkerung, bekämpft bis heute die Bundesregierung hartnäckig den Atomwaffenverbotvertrag der UNO – müsste sie doch bei dessen Ratifizierung ihre atomare Teilhabe aufgeben. Deren sichtbarer Ausdruck ist das Üben für einen Atomkrieg durch deutsche Soldaten in Büchel. Dort lagern die letzten US-amerikanischen Atombomben auf deutschem Boden. Deshalb ist Büchel zum bundesweiten symbolischen Ort für den Widerstand gegen die atomare Hochrüstung geworden. Das Festhalten an der atomaren Teilhabe Deutschlands ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen internationale von Deutschland unterschriebene Verträge wie den NPT-Vertrag und den Zwei-plus-Vier-Vertrag (Einigungsvertrag). Die Bundesregierung setzt weiterhin auf die atomare Abschreckung, die bereits zu mindestens 20 dokumentierten gefährlichen atomaren Beinahekatastrophen geführt hat.



▲ Auf dem Weg zur Startbahn der Tornados

Foto: Privat

In Zeiten größerer politischer Unsicherheiten, kürzerer Vorwarnzeiten, massiver militärischer Aufrüstungsinvestitionen, Klimawandel, Autoritarismus und vermehrter Verteilungskämpfe um die letzten Bodenressourcen wird die Existenz von Atomwaffen eine immer größere Bedrohung. Deshalb wächst auch allmählich der Druck auf die Bundesregierung zur Korrektur ihrer Atomwaffenpolitik und der Wille von immer mehr Friedensaktivist\*innen, durch gezielten Zivilen Ungehorsam auf diese uns alle gefährdende Unrechtspolitik aufmerksam zu machen.

## Vom Atomwaffenlager in den Gerichtssaal

Seit 2013 wuchs der Widerstand jedes Jahr systematischer heran. Er wird mittlerweile durch eine 20-wöchige jährliche Aktionspräsenz von unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen getragen (bei Redaktionsschluss wegen der Corona-Krise großenteils ausgesetzt). 2016 hat eine generationsübergreifende Gruppe von Aktivist\*innen die Startbahn auf der deutschen Militärbasis in Büchel besetzt und damit den militärischen Übungsbetrieb unterbrochen. Sie wurden deshalb wegen Hausfriedensbruch vom Amtsgericht Cochem verurteilt. Einige aus dieser

Gruppe hatten die Idee, ihren Widerstand gegen die Atomwaffen in die Gerichtssäle zu tragen und beim Bundesverfassungsgericht eine andere Rechtsprechung zu erzwingen. Damit sollten die Rechtsbrüche in der gegenwärtigen deutschen Atomwaffenpolitik in eine größere Öffentlichkeit getragen werden und politischer Druck auf die Bundesregierung zur Korrektur ihrer Atomwaffenpolitik ausgeübt werden. Denn nach der bewussten Negierung des breit angelegten Bundestagsbeschlusses vom 26. März 2010 zum Abzug der amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden und damit der Einstellung der militärischen Übungsflüge zum Atomwaffenabwurf durch deutsche Soldaten, versucht die Regierung dieses Problem möglichst geräuschlos auszuschützen. Die Prozesskampagne »WiderSpruch« ist auf mindestens zehn Jahre angelegt und möchte die Friedensaktivist\*innen mit inhaltlichen Argumenten, juristischen Fertigkeiten, Logistik, Öffentlichkeitsarbeit und Prozesstrainings unterstützen. Ziel ist, durch möglichst viele Prozesse bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht und eventuell auch Europäischen Gerichtshof die Menschenrechtswidrigkeit, Grundgesetzwidrigkeit und Völkerrechtswidrigkeit der gegenwärtigen deutschen Atomwaffenpolitik feststellen zu lassen, und dass in dieser außerordentlichen

Bedrohungssituation gewaltfreier Ziviler Ungehorsam nach unserer Verfassung gerechtfertigt ist. Der steinige Weg durch alle Gerichtsstufen durch möglichst viele Menschen ist insofern von Bedeutung, um ein öffentliches Interesse an diesen Fragen gegenüber dem Verfassungsgericht zu unterstreichen.

## Der heutige Stand

Neben den zwei Ursprungsgruppen sind nun mehrere Prozessgruppen auf unterschiedlichen Gerichtsebenen aktiv – vom Amtsgericht bis zum Oberlandesgericht und Bundesverfassungsgericht. Gerade bereiten sich zwei Gruppen auf ihre Prozesse vor dem Amtsgericht Cochem vor, die für den 3. bzw. 24. Juni 2020 anberaumt sind. Begleitet werden die Prozesse jeweils durch Beobachtung, eine Mahnwache und eine inhaltliche öffentliche Veranstaltung.

Eine Prozesskampagne lebt von reger Beteiligung, Unterstützung, Zuspitzung und Verbreiterung. Ein guter Anfang ist gemacht. Weitere Aktionen des Zivilen Ungehorsams, die dann in Prozesse durch verschiedene Instanzen münden, werden folgen. Die Erfahrungen werden jeweils dokumentiert und veröffentlicht. Wahrscheinlich werden dieses Jahr auch noch einige Aktivist\*innen mit einem Gefängnisaufenthalt das bestehende Unrecht unterstreichen.

Unterstützungsmöglichkeiten sind: Briefe ans Gericht schreiben, Prozesse beobachten, an Mahnwachen teilnehmen, Logistik unterstützen, spenden.

Weitere Informationen: [iskenius@wassermuehle-broemsenberg.de](mailto:iskenius@wassermuehle-broemsenberg.de)

Einlassungen, Beweisanträge, Schlussworte und Presseerklärungen können bisher auf folgenden Homepages eingesehen werden:

[www.junepa.blogspot.eu/aktion/WiderSpruch](http://www.junepa.blogspot.eu/aktion/WiderSpruch) (unregelmäßig erscheinender Newsletter kann kostenlos angefordert werden) <https://www.friedenkoeln.de/?p=14660>

IPPNW  
(International Physicians for the Prevention of Nuclear War)

In der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) engagieren sich Ärzt\*innen, Psychotherapeut\*innen sowie Medizinstudierende in über 60 Staaten für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Auf ihrer Homepage erklärt die NGO: »In einer multipolaren Welt mit einer steigenden Anzahl von Atomwaffenstaaten ist das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen größer denn je.«

DER TRÄGERKREIS »ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN - BEI UNS ANFANGEN«

## Langer Atem

ANZEIGE

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

**Zapatistischer Kaffee & Espresso**  
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

**Café Libertad Kollektiv eG**  
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-20906892 \* Fax: -93  
[www.cafe-libertad.de](http://www.cafe-libertad.de) \* [cafe-libertad@gmx.de](mailto:cafe-libertad@gmx.de)

Die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt« wird von aktuell über 70 Friedens-Organisationen getragen, die ihr finanzielles Rückgrat bilden. Seit 1994 engagiert sich der Trägerkreis für eine Ächtung von Atomwaffen und eine atomwaffenfreie Welt. Anlass für seine Gründung war die im Folgejahr bevorstehende Überprüfungs-Konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag NPT, bekannter unter dem Namen »Atomwaffensperrvertrag«.

ROLAND BLACH, STUTTGART

1997 fand eine erste große öffentliche Veranstaltung des Trägerkreises in der Universität München statt, und im selben Jahr erlebten wir den ersten größeren Protestmarsch sowie eine große zivile »Inspektion« am Fliegerhorst Büchel, wo immer noch 20 US-Atombomben bereit gehalten werden. Die »Inspektoren« waren motiviert durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 1996 zur Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen. Ab 2003 gingen vom Trägerkreis verschiedene Kampagnen aus. 2016 hat der Trägerkreis die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt« ins Leben gerufen.

Um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, organisiert die Kampagne jährlich eine 20-wöchige Aktionspräsenz am Bundeswehrstandort Büchel. Unterschiedliche Gruppen veranstalten dort regelmäßig Kundgebungen, Mahnwachen, Blockaden, Teach-Ins und Go-Ins.

Der Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt ist das Bohren dicker Bretter, und Fortschritte sind nur erkennbar, wenn man längere zeitliche Abschnitte betrachtet. Ja, es gibt auch Rückschläge wie die bei allen Atomwaffenstaaten stattfindende Aufrüstung und Kündigungen von Abrüstungsverträgen. Nichtsdestotrotz gibt es Fortschritte.

In einem Artikel des FriedensForums aus dem Jahr 1994 hieß es im Titel noch: »48.000 Gründe, Atomwaffen abzuschaffen«. Gemeint waren die damals rund 48.000 Atomwaffen, die sich in den Arsenalen der Atommächte befanden. Heute sind es nur noch rund 14.000.

Auch bei der Forderung nach der Ächtung der Atomwaffen gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten Fortschritte. Ein Meilenstein ist der Atomwaffenverbotvertrag, welcher 2017 unter dem maßgeblichen Einfluss von

ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) zustande gekommen ist. Der Trägerkreis ist Teil des ICAN-Netzwerkes, ebenso wie des internationalen Netzwerkes »Abolition 2000«. Zusammen mit ICAN Deutschland und der IPPNW hat die Kampagne Ende 2017 einen Appell für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag gestartet. Fast 100.000 Menschen haben ihn bisher unterzeichnet.

80 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet, 36 haben ihn ratifiziert. Ein langer Atem ist nötig. Dass dieser beim Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen« vorhanden ist, dürften die vergangenen 25 Jahre Engagement für eine Welt ohne Atomwaffen unter Beweis gestellt haben, mit einer besonderen Belohnung: 2019 erhielt die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt« den Aachener Friedenspreis.

Roland Blach ist Koordinator der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt« und Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden Württemberg.

Link: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

## SCHLACHTHÖFE UND DIE DISKRIMINIERUNG VON TIEREN

## Früher Metzger, heute Veganer

»Ein humanes Töten gibt es nicht, denn wie kannst du jemandem respektvoll sein Leben nehmen, der nicht sterben möchte?«, fragt Ex-Fleischer Peter Hübner aus Syke bei Bremen. 2014 hat der heutige Veganer und Prokurist einer Biofirma beschlossen, keine Tiere mehr zu töten, und setzt sich stattdessen für ihre Rechte ein.

UWE CIESLA & JULIANE HOFFMANN, VERDEN

Bundesweit bekannt wurde Hübner vor allem durch seine Kampagne #Ichbindabei. Sie wurde ins Leben gerufen von fünf ehemaligen Fleischern, die heute vegan leben und sich »Metzger gegen Tiermord« nennen. Gemeinsam haben sie ein Video veröffentlicht, in dem sie erklären, warum sie Veganer wurden und an die Zuschauer\*innen appellieren: »Wenn ich mich ändern kann, kannst du das auch«. Nachdem der Facebookpost innerhalb eines Tages fast 70.000 Likes erreicht hatte, berichteten unter anderem der Stern und das ARD-Morgenmagazin darüber. Zusammen mit seinen Kollegen Thomas Schalz und Phil Hörmann dokumentiert Hübner die Zustände in Betrieben, die Tiere zur wirtschaftlichen Nutzung halten. Erst im vergangenen Dezember haben sie Filmaufnahmen über einen Milchviehbetrieb im bayerischen Dietmannsdorf veröffentlicht, der daraufhin aufgrund von Tierschutzverstößen ein Haltungsverbot erhielt. Bei Zirkussen, die beispielsweise Elefanten oder Tiger in ihren Vorführungen nutzen, organisiert Hübner Mahnwachen und filmt die Haltungsbedingungen, um gegen das Leid der Tiere anzugehen, die häufig mit Gewalt dressiert werden und für die ein artgerechtes Leben unmöglich ist. Außerdem hält er regelmäßig Vorträge auf Messen, in Schulen und in Einkaufszentren und informiert über Tierhaltung, Fleischkonsum und deren Auswirkungen für die Umwelt.

Ursprünglich wollte Hübner Koch werden. Mangels Ausbildungsplätzen entschied er sich dann aber für den Beruf des Metzgers, weil Fleisch damals für ihn die »absolute Grundlage war, um ein leckeres Essen zu kochen«. Heute weiß er jedoch, dass man auch mit Gemüse und Pilzen köstliche Gerichte zubereiten kann. Im Rahmen seiner Ausbildung muss-



▲ Auf der Wiese statt im Schlachthof - dieses Trio kann sein Leben noch genießen.

Foto: Matthias Ripp / flickr.com

te er auch in einem Schlachtbetrieb arbeiten. »Der Schlachthof ist die Hölle«, erinnert sich Hübner zurück. Man könne die Angst der Tiere förmlich riechen und die Rate an Fehlbehebungen sei beträchtlich.

Aber nicht nur die Tiere leiden. Auch die Schlachthofmitarbeiter seien Opfer eines »lebewesenverachtenden Systems«, betont Hübner. Die meisten von ihnen würden aus Osteuropa angeworben. Sie kommen mit dem Versprechen auf Arbeit nach Deutschland, ohne zu wissen, wo sie tätig sein werden. »Das ist moderne Lohnklaverei! Vom Mindestlohn wird noch die Miete für ein Bett in einer Sammelunterkunft von 250 bis 400 Euro abgezogen und die Menschen sind weder kranken- noch sozialversichert. Sie können die grausamen Bilder, die im Schlachthof stattfinden, oft nur mit Alkohol und Drogen überstehen«, berichtet der Tierrechtler. Außerdem stünden die Mitarbeiter\*innen unter sehr starkem Akkorddruck, der vorschreibt, dass alle acht Sekunden »ein Tier gestochen« werden muss. »Das erste Wort, das sie lernen, ist »Schneller!«

Nach seiner Zeit im Schlachthof sei für ihn klar gewesen, dass er nicht weiter in der konventionellen Fleischverarbeitung arbeiten wird. Zunächst habe er dann noch bei Landschlachtungen mitgewirkt. Nachdem das verboten wurde, kaufte er sein Fleisch von Höfen, dessen Tierhaltung er für vertretbar hielt. »Mir war damals wichtig, dass die Tiere, die ich aß, ein gutes Leben hatten und würdevoll sterben.«

Heute kritisiert er den »Speziesismus« und die Doppelmoral, bei der bestimmte Tiere gestreichelt und beschützt und andere als »Nutztiere« bezeichnet, getötet und gegessen werden. Als »Speziesismus« bezeichnet man die Ansicht, dass der Mensch allen anderen Arten überlegen und daher berechtigt sei, deren Vertreter\*innen zu behandeln, wie es ihm beliebt.

Seit gut fünf Jahren leben Hübner und seine Frau nun vegan. Der Schlüsselmoment war eine außergewöhnliche Begegnung mit einem Hecht bei einem Angelausflug 2014 in Schweden. Wie bei jedem gefangenen Fisch

sah er ihm erst in die Augen, bevor er in sein Herz stach. Diesmal aber empfand er plötzlich Empathie mit dem ihm ausgelieferten Wesen. »Ich habe seine Verzweiflung gesehen«, erzählt er. »Ich habe mich gefragt: Wer gibt mir das Recht, dieses Tier jetzt zu töten? Ich brauche es nicht, um zu überleben. Und da habe ich gemerkt, wie dumm ich eigentlich gewesen war, zu meinen, dass ich bestimme, wer für mich leiden muss.« Hübner setzte den Hecht schließlich zurück ins Wasser und ging seitdem nie wieder angeln. 14 Tage später war er Veganer. Dieser Schritt sei für ihn der einzig konsequente gewesen, da er die Überzeugung vertrat, »wenn ich nicht töten kann, darf ich das Fleisch auch nicht essen.«

Als Tierrechtsaktivist setzt Hübner sich nicht nur für den Schutz von Tieren ein, sondern vor allem dafür, dass ihnen eigene Rechte zugesprochen werden. Das derzeitige Tierschutzgesetz habe für ihn wenig mit Tierwohl zu tun. Laut Gesetz ist es erlaubt, ein Mastschwein auf einer Fläche von 0,75 qm zu halten.

»Eine ausgewachsene Sau wird aber mindestens einen Meter hoch. Wie soll die sich denn hinlegen können oder ihre Gliedmaßen ausstrecken?«, kritisiert Hübner. Er ist der Meinung, dass Tiere das gleiche Recht wie Menschen auf Leben und Selbstbestimmtheit haben sollten, denn »artgerecht ist nur die Freiheit«. Doch er weiß auch, dass es vermutlich Generationen dauern wird, bis sich im Bereich Tierrecht etwas ändert. »Ich möchte aber heute schon den Grundstein legen. Das ist mein Ziel«, erklärt Hübner. Seine Mindestforderung als Übergangslösung sei eine 24-stündige Offenstallhaltung, in der den Tieren eine großzügige Auslauffläche zur Verfügung steht. Auf dem Weg zu einer tierfreundlicheren Gesellschaft ist es ihm wichtig, viel im Dialog mit anderen Meinungsvertreter\*innen zu stehen. Man müsse die Menschen mit Herz und Verstand abholen, schließlich sei eine mit Gewalt aufgezwungene Regelung keine, die Bestand hat.

»Wer sich mal überzeugen lassen möchte, was die vegane Küche so alles kann, dem empfehle ich die Vegefarm und die Veganbar in Bremen. Oder man lässt sich einfach mal von einem Veganer zum Essen einladen«, rät Hübner. In Zeiten des Klimawandels habe eine pflanzenbasierte Ernährung, beispielsweise durch die Einsparungen der Futtermittel für die Tierhaltung, ein großes Potenzial, Ressourcen zu schonen, was einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele darstelle. In Zukunft sehe er deshalb auch viele Teilzeitveganer\*innen, die sich nur an ausgewählten Tagen in der Woche pflanzlich ernähren.

## Korrektur

In unserer letzten Ausgabe (CONTRASTE Nr. 427) haben wir an dieser Stelle über Sabine Rossen und ihre »Wachstuch-Manufaktur im Grünen« berichtet. Leider hat sich am Ende des Artikels ein Fehler eingeschlichen.

Der Link zu ihrer Webseite heißt richtig

[www.sabienwachstuch.de](http://www.sabienwachstuch.de)

## THE OCEAN CLEAN UP

## Plastikfreie Ozeane in fünf Jahren?

Das Projekt »The Ocean Cleanup« geht in die nächste Runde. Anfang April twitterte die Organisation, es werde nun an der Entwicklung eines neuen Systems gearbeitet. Die zweite Version des riesigen Meeresstaubsaugers für Plastik soll nun die volle geplante Größe haben, noch besser Plastik sammeln und zurückhalten und eine längere Haltbarkeit aufweisen. Damit rückt das Ziel der Organisation, die Weltmeere weitgehend von der Plastikverschmutzung zu befreien, in greifbare Nähe.

SARAH BROCKHAUS, FÜRTH

Es brauche nur fünf Jahre statt 79.000, um das gesamte Plastik aus dem Ozean zu fischen. Diese steile These stellte Boyan Slat bei seiner Rede auf der TED-Konferenz 2012 auf. Jetzt, acht Jahre später, scheint er endgültig unter Beweis gestellt zu haben: Oft braucht es für

die Lösung eines Problems nur eine Idee und einen Menschen, der fest daran glaubt und alles daran setzt, diese Idee auch umzusetzen. Schon 2013 hatte der damals 18-Jährige ein Team von hundert Freiwilligen, bestehend aus Wissenschaftler\*innen und Ingenieur\*innen. Diese bestätigten in einer Machbarkeitsstudie: Ein passives Sammelsystem, das die Strömungen des Ozeans nutzt, um Plastik zu sammeln, sei möglich.

Das war die Geburtsstunde von »The Ocean Cleanup«. Nach einem erfolgreichen Crowdfunding startete die Organisation mehrere große Untersuchungen und Expeditionen, um Wissen darüber zu erlangen, wie groß und weitreichend das Problem von Plastik in den Ozeanen ist. Bisher lagen die Schätzungen zwischen Zehntausenden und Millionen von Tonnen Plastik – erste Ergebnisse von »The Ocean Cleanup« lassen aber

vermuten, dass das noch eine niedrige Schätzung ist. Allein im Müllstrudel des Pazifik sind es den Hochrechnungen zufolge 79.000 Tonnen Plastik.

Am 8. September 2018 startete das erste Cleanup-System von San Francisco aus zu diesem Strudel. Ein Rückschlag Ende Dezember, als ein Stück des Cleanup-Systems bricht, konnte den Optimismus der Organisation nicht bremsen. Bereits im Juni startete das System 001/B in den Pazifik, eine reparierte und verbesserte Version des ersten Clean-Up-Systems. Kurze Zeit später die gute Nachricht: Das System funktioniert und sammelt Plastik wie geplant. Jetzt soll die zweite Version, das System 002, entwickelt werden, um das Plastik aus dem pazifischen Müllstrudel noch effektiver zu filtern. Dabei geht es vor allem darum, die Langlebigkeit des Systems zu verbessern und das Plastik über eine länge-

re Zeit im System zu speichern. So muss das Plastik seltener aus dem System eingesammelt werden. Das senkt Kosten und Emissionen.

Wenn die Mission erfüllt ist – also die Ozeane plastikfrei sind – dann soll sich die Non-Profit-Organisation »The Ocean Cleanup« auflösen. Dass das möglich ist, daran scheint zumindest Boyan Slat fest zu glauben. Die Zeit bis dahin weiß das Team zu nutzen. Neben der Entwicklung des Meeresstaubsaugers hat es ein System namens »Interceptor« entwickelt, mit dessen Hilfe das Plastik schon in den Flüssen abgefangen werden soll. Auch hier setzt sich die Organisation große Ziele: Bis 2025 sollen die 1.000 Flüsse, die für 80 Prozent des Plastiks in den Meeren verantwortlich sind, mit Interceptor-Systemen ausgestattet werden.

Link: <http://www.theoceancleanup.com>

## ANZEIGE

Hier wird das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorgestellt und die Probleme erklärt.

**Freihandel**  
TTIP und der Widerstand

Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro  
online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

NEUES ALBUM VON DOTA

## Beseelte Großstadtlyrik



▲ Dota & Band mit einem Bild der jüdischen Lyrikerin Mascha Kaléko im Hintergrund

Foto: Annika Weinthal

### Mascha Kaléko

Die jüdische Lyrikerin Mascha Kaléko wurde 1907 im polnischen Galizien als Tochter eines russischen Vaters und einer österreichischen Mutter geboren. Kalékos Leben war geprägt von Heimatlosigkeit, immer wieder musste sie umziehen. Nach mehreren Zwischenstationen zog die Familie 1918 nach Berlin. Nach ihren Schul- und Studienjahren wurde sie im Berlin der Zwanziger- und Dreißigerjahre mit ihren Versen über Liebe, Abschied, Einsamkeit, Sehnsucht und Traurigkeit schnell zu einer literarischen Berühmtheit. 1930 wurde sie für die »Vossische Zeitung« entdeckt, in der neben dem »Berliner Tageblatt« jahrelang ihre Gedichte erschienen. 1933 hatte sie mit dem »Lyrischen Stenogrammheft« ihren ersten großen Erfolg. Im September 1938 emigrierte Mascha Kaléko auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus mit ihrem zweiten Ehemann Chemjo Vinaver und dem gemeinsamen Sohn in die USA, von wo sie 1966 nach Israel übersiedelten. In der Nachkriegszeit geriet sie fast in Vergessenheit, erlebte dann aber vor allem bei jungen Menschen eine Renaissance. Ihre eigentümliche Mischung aus Charme, Melancholie, Humor, Aktualität und sozialer Kritik lässt Mascha Kalékos Lyrik unwiderstehlich und zeitlos erscheinen. Sie starb 1975 in Zürich.

Weitere Informationen unter: [www.maschakaleko.com](http://www.maschakaleko.com)

Tracklisting Album:

01. Resignation für Anfänger
  02. Ein sogenannter schöner Tod (mit Francesco Wilking)
  03. Kein Kinderlied (mit Uta Köbernick)
  04. Für Einen (mit Max Prosa)
  05. Fremd (Instrumental 1)
  06. Chanson von der Fremde
  07. Julinacht an der Gedächtniskirche
  08. Für Chemjo zu Pessach 1944
  09. Was man so braucht (mit Karl die Große)
  10. Auf eine Leierkastenmelodie (mit Hannes Wader)
  11. 1979 (Instrumental 2)
  12. Kompliziertes Innenleben (mit Konstantin Wecker)
  13. Ganz kleiner Schwips
  14. Einem Kinde im Dunkeln (mit Alin Coen)
- Bonus-CD:
01. Sonne
  02. Kleine Havelansichtskarte
  03. Blasse Tage (mit Uta Köbernick)
  04. Käuzchen (Instrumental 3)
  05. Kleines Liebeslied (mit Felix Meyer)
  06. Worte in den Wind

Ein Besucher hat ihr nach einem Konzert einen Gedichtband der 1907 geborenen und 1975 verstorbenen jüdischen Lyrikerin Mascha Kaléko geschenkt. Ihre Texte haben die Berliner Songwriterin und Sängerin Dota Kehr nach eigener Aussage so sehr berührt, dass sie fast das gesamte Werk von ihr gelesen und die Gedichte, die sie besonders angesprochen haben, mit Musik versehen hat. Mit verschiedenen Duett-Partnern und Partnerinnen wie Hannes Wader, Alin Coen oder Konstantin Wecker ist daraus ein poetisches Album geworden, das am 3. April 2020 erscheint.

JÖRG LINNHOFF, GÖTTINGEN

Bei der Suche nach Melodien zu den Gedichten Kalékos habe sie gemerkt, dass sich die Texte sehr schön singen lassen, weil sie einen guten Rhythmus haben und die Brechungen darin musikalisch wunderbar umsetzbar sind, erläutert die Sängerin. Die Sprache Kalékos sei ihr so leicht über die Lippen gegangen, als wären es ihre eigenen Texte. Die schlichte, sachliche Art, der dabei jedoch nie an Tiefe fehle, habe ihr imponiert. Und

Kalékos Texte über Berlin haben Kehr zusätzlich den Blick auf ihre Stadt erweitert.

Kaléko gilt als Schwester im Geiste eines Joachim Ringelnatz, Christian Morgenstern oder Erich Kästner. Entdeckt von Monty Jacobs, einem Wegbereiter des deutschen Feuilletons, schuf sie im Berlin der 1920 und 30er Jahren ihre sehr innige, teils ironische und mit sehr viel Herzblut beseelte Großstadtlyrik, die sie schnell zu einer literarischen Berühmtheit machte. In dem Stück »Ganz kleiner Schwips« kommt auch ihr feiner Humor zum Tragen mit Zeilen wie »Ich trink mit einem Frack auf »Du und Du«, und hab selbst dabei noch Salonmanieren; Denn neben mir geht mein Verstand spazieren, und sieht still zu...«. Im September 1938 musste Kaléko als deutsche Jüdin vor dem Nationalsozialismus nach New York emigrieren.

Im Laufe des Entstehungsprozesses zu dem Album kam Kehr die Idee, für bestimmte Stücke Duett-Partner und Partnerinnen zu suchen. Die Vorstellung, mit geschätzten Kollegen etwas gemeinsam zu singen, hatte sie schon länger. So hat sie im Vorfeld

die entsprechenden Kompositionen auf die jeweils Mitwirkenden zugeschnitten, so dass jeder ein zu ihm passendes Stück begleitet hat. Die Arrangements wurden dann gemeinsam mit der Band, bestehend aus Jan Rohrbach, E-Gitarre, Janis Görlich, Schlagzeug, Jonas Hauer, Keyboards, Matthew Bookert, Tuba und Christian Magnuson an der Trompete erarbeitet. Dabei entstanden auch drei Instrumentalstücke, die zwischen den Gedichten kleine musikalische Räume schaffen.

#### In Waders Wohnzimmer

Hannes Wader für das Projekt zu gewinnen sei ihr eine besondere Ehre gewesen, so Kehr. Für die Aufnahme ist sie mit ihrem Techniker nach Kassel gefahren, wo im Wohnzimmer Waders dann das Duett zu »Auf eine Leierkastenmelodie« entstand. Dies beginnt zu einer getragenen Melodie mit den wunderbaren Zeilen »Du kamst nur um einige Jahre zu spät, und ich konnte so lange nicht warten. Alle Blumen, die ich dich zu grüßen gesät, sind verwelkt nun in meinem Garten...«. Konstantin

Wecker traf Kehr in Dresden, um mit ihm zwischen Soundcheck und Konzert »Kompliziertes Innenleben« aufzunehmen. »Hinter jedem Abschied steht ein Warten. Wenn dein Schritt verhallt ist, sehn ich mich. Wenn Du kommst, ist jeder Tag ein Garten. Aber wenn du fort bist, lieb ich dich...«, heißt es darin. Mit Alin Coen wiederum ist Kehr befreundet. Zu so zarten Zeilen wie »Gib mir deine kleine Hand. So nun bist du nicht allein...«, haben sie gemeinsam das abschließende Lied des Albums »Einem Kinde im Dunkeln« eingesungen. Weitere Duette gibt es mit Uta Köbernick, Felix Meyer, Max Prosa, Karl die Große und Francesco Wilking von »Die Höchste Eisenbahn«.

Mit »KALÉKO« haben Dota & Band auf einfühlsame Weise eine kleine Schatzkiste aufgemacht, deren sehr liebevoll instrumentierte zeitlose Kleinodien sich auch 45 Jahre nach Mascha Kalékos Tod zu entdecken lohnen.

Das Album ist am 3. April 2020 erschienen und kann unter anderem über [www.kleingeldprinzessin.de](http://www.kleingeldprinzessin.de) bestellt werden.

### BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

## Das Recht, die Tribüne der Volksvertretung zu besteigen

»Die Frau wird frei geboren« postulierte die französische Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Olympe de Gouges vor knapp 230 Jahren. Sie verlangte gleiche Rechte für Männer und Frauen und bezahlte ihre Forderungen und ihre Freiheitsliebe mit dem Leben.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

In ihren Schriften und Stücken orientierte sich Olympe de Gouges (1748-1793) an tagesaktuellen Themen. Bereits ihr erstes Theaterstück »Zamor und Mirza« kritisierte die Sklaverei in den Kolonien. Bei der Premiere schlug die Aufführung politisch hohe Wellen, Befürworter\*innen und Gegner\*innen der Sklavenbefreiung gingen mit geballten Fäusten aufeinander los.

Der Bürgermeister von Paris befürchtete, das Theaterstück könne einen Aufstand in den Kolonien auslösen. Nach drei Vorstellungen wurde das Stück abgesetzt.

Nach dem Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789, an dem sich auch viele Frauen beteiligten, verfasste Olympe de Gouges zahlreiche politische Pamphlete. Darin beanspruchte sie die von den Männern in der »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« vom August 1789 postulierte Gleichheit auch für die Frauen.

Sie musste erkennen, dass die Revolution zwar den Despotismus der Feudalherren beseitigt hatte, nicht aber die Herrschaft des Mannes über die Frau. Als Protest gegen die Privilegien der Männer verfasste de

Gouges Anfang September 1791 ihre »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin«. De Gouges Erklärung bestand ebenso aus 17 Artikeln, wie die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte«, die die französische Nationalversammlung am 26. August 1789 verkündet hatte.

Im zehnten Artikel mahnt sie die Gleichbehandlung der Geschlechter an: »Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst grundsätzlicher Art, verfolgt werden. Die Frau hat das Recht auf das Schafott, sie muss daher auch das Recht haben, die Tribüne der Volksvertretung zu besteigen.«

Ihrer Deklaration ist ein »Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zwischen Mann und Frau« angehängt, ein Art Ehevertrag. Darin fragt sie: »Warum

sollte eine Gruppe von Menschen, nur weil sie schwanger werden können und sich gelegentlich unpässlich fühlen, nicht die Rechte ausüben dürfen, die man niemals denen vorenthalten würde, die jeden Winter die Gicht plagt und die sich leicht erkälten?«

Im Sommer 1793 zur Zeit der Terrorherrschaft Robespierres wurde Olympe de Gouges verhaftet und vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilt. Am 3. November 1793 wurde das Urteil per Guillotine vollstreckt.

Mit einer Sondermarke erinnerte die Französische Post am 24. April 2020 an die unerschrockene Vorkämpferin für Gleichberechtigung. Leider ist von de Gouges umfangreichem schriftstellerischem Werk nur ein Bruchteil erhalten geblieben.



▲ Olympe de Gouges schrieb auch 14 Komödien und zwei Romane.

**VORSCHLÄGE FÜR EINE POPULÄRE LINKE**



Thomas E. Goes stellt sein Buch »Klassen im Kampf: Vorschläge für eine populäre Linke« ausdrücklich in den Kontext der Diskussionen um eine »Neue Klassenpolitik«, die vor einigen Jahren von der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Zeitschrift »analyse & kritik« angestoßen wurden. Er widmet sich einer ausführlichen Analyse des Klassenbegriffs und wendet seine Ergebnisse auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse Westeuropas an. Kapitelüberschriften wie »Was sind überhaupt Klassen?«, »Die Herrschenden: Der Block an der Macht« und »Sozialistische Klassenpolitik – heute« sprechen eine deutliche Sprache. Als Gewährsmann wird immer wieder der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas herangezogen.

Goes' Schlussfolgerungen münden zum Teil im berüchtigten Soziologendeutsch: »In der heutigen Periode des Imperialismus, seiner neoliberalen Phase, gliedert sich die Bevölkerung nicht nur in zwei Hauptklassen (Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse), sondern besteht zudem aus zwei Mittelklassen, dem traditionellen Kleinbürgertum und der lohnabhängigen Zwischenklasse«. Davon darf man sich freilich nicht abschrecken lassen. Goes' systematische Herangehensweise tut einer Debatte gut, deren Gegenstand – die Klasse – oft unzulänglich definiert wird oder gar ins Mythologische abrutscht.

Goes' praktische Vorschläge schließen dort an, wo sein gemeinsam mit Violetta Bock verfasstes Buch »Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte« aufhörte. Goes selbst spricht davon, im Abschlusskapitel von »Klassen im Kampf« eine »Art Schnappschussversion« von »Ein unanständiges Angebot?« anzubieten. Er fordert »eine populäre Klassenpolitik«, ein »mobilisierungsfähiges Unten-Mitte-Bündnis« und einen »fortschrittlichen Populismus«. Der Versuch, den Begriff des Volkes – als »Volk der Linken« und »Volk-Klasse« – positiv zu besetzen, ist mutig, aber nicht ohne Probleme. Wenn sich Goes beispielsweise auf den Begriff des »Volkes« bei nicht-deutschsprachigen Autorinnen wie Chantal Mouffe oder Jodi Dean bezieht, riskiert er sprachliche Verwirrung. Gegen Beobachtungen wie »die ArbeiterInnenklasse ist vielschichtig, buntscheckig und setzt sich fortwährend neu zusammen« oder dem Ruf nach »lernenden Organisationen, mit denen wir am Aufbau populärer Bündnisse arbeiten können« ist freilich wenig einzuwenden.

Ein besonderes Lob verdient Goes für das Kapitel »Imperialismus: Internationalisierung der kapitalistischen Klassenverhältnisse«. Die globale Ungerechtigkeit als Konsequenz des Imperialismus zu benennen, ist wichtig, um ihr analytisch auf den Grund gehen zu können. Nur so lassen sich Strategien für die »Einigung der national eingekapselten Welt-Klasse« entwickeln, die Goes zu recht als zentrale Herausforderung zukünftiger Klassenpolitik begreift.

Gabriel Kuhn

Thomas E. Goes, **Klassen im Kampf: Vorschläge für eine populäre Linke**, Papyrossa Verlag, Köln 2019, 14,90 Euro

**GEWERKSCHAFTLICHES ZUKUNFTSKONZEPT**



Hans Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, entwickelt in diesem Buch Elemente einer gewerkschaftlichen Strategie zur Gestaltung des digitalisierten Kapitalismus. Bei der vorgelegten Publikation handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Analyse, die in Schreibstil und Vokabular nicht immer leicht verdaulich ist.

Die Abhandlung ist in fünf Teile gegliedert und beginnt nach einer thematischen Einbettung in das Feld der kapitalistischen Transformation mit dem gewerkschaftlichen Konzept »Gute Arbeit« als Basis. Im Hauptteil werden sechs arbeitspolitische Felder skizziert: Demografie und Renten, Leistungsverdichtung als zentrales Merkmal der modernen Arbeit, das Zusammenspiel von Arbeitszeit, Gesundheit und Autonomie, mit der Folge einer wachsenden Burnout-Gesellschaft. Die Digitalisierung wird in ihren Auswirkungen zwischen Rationalisierung und Humanisierung beschrieben, die mit Konflikten um die Gestaltung von Arbeitsbedingungen verbunden ist. Jedes Kapitel beginnt mit einem lesenswerten Analyse- und wird abgeschlossen mit einem Ausblick, in dem eine Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Positionen vorgenommen wird. In den beiden abschließenden Teilen stehen Überlegungen zur Arbeitsökologie, die in der ökologischen Gretchenfrage münden: Wie hältst du es mit dem Wachstum?

Der Autor bietet zahlreiche Hinweise für die Regulierung der kapitalistischen Markt- und Profitlogik. Das schafft er jenseits von Verstaatlichungsrezepten und altsozialistischen Illusionen. Die Gewerkschaften – allen voran die IG Metall – begegnen der Herausforderung der Transformation des Kapitalismus mit dem gewerkschaftspolitischen Strategiebegriff »Gute Arbeit«. Nach Urban ist die kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung die normative Grundlage dieses Konzepts. Ohne sie sei »eine solidarische Verteilung des Arbeitsvolumens« unmöglich. Obendrein sei die Umkehr von Wachstum und Produktivitätssteigerung nur möglich, wenn die Wirtschaft demokratisiert und die grundgesetzlich garantierte Sozialbindung des Eigentums aktualisiert wird.

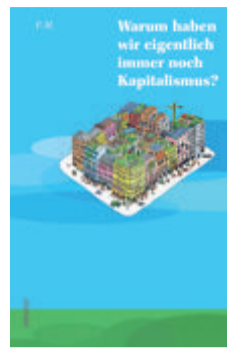
Urban skizziert das Modell einer ökologisch-sozialen Wirtschaftsdemokratie als Alternative zu einer zunehmenden Privatisierung staatlicher Politik, die Kennzeichen des digitalen Kapitalismus sei. Urban geht dagegen von einer Mixed Economy, also einer Kombination aus privatem, staatlich öffentlichem Eigentum und Genossenschaften aus. Dieses wirtschaftsdemokratische Modell sollte auf die Bereiche Mobilität, Kommunikation und Wohnen ausgeweitet werden.

Für alle, die sich mit Alternativen zu Kapitalismus beschäftigen, ein lesenswertes Buch, das leider dort am schwächsten ist, wo die IG Metall am meisten gefragt wäre, bei der Gestaltung neuer Mobilitätskonzepte jenseits der automobilen Verbrennungstechnik.

Herbert Klemisch

Hans-Jürgen Urban: **Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalen Kapitalismus**, VSA-Verlag, Hamburg 2019, 264 Seiten, 19,80 Euro

**VORSCHLÄGE FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES KAPITALISMUS**



Der Schweizer Autor P.M. – Pseudonym von Hans Widmer – legt mit seinem neuen Buch seine 20. Publikation in 40 Jahren vor. Wieder geht es um existentielle Fragen.

P.M. war bereits in den frühen 1980er Jahren Aktivist der Zürcher Hausbesetzerbewegung. Daher stammt sein Pseudonym, weil er kein Anführer sein wollte und will. Seine Absicht liegt im Unterbreiten von Vorschlägen, in der Kritik des Bestehenden und im aufklärerischen Humor. Als Autor wechselt er zwischen Sachbüchern und Romanen, die teilweise seine Ideen umsetzen. Wir brauchen mehr Fantasie und weniger Angst!

Bei der Bestandsaufnahme gibt es natürlich auch Kritik an der Linken, die seit 150 Jahren für sich in Anspruch nimmt, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Wir wissen nicht erst seit den Wallstreet-Protesten, dass wir eine gesellschaftliche Mehrheit von 99 Prozent sind. Ein Punkt ist sicherlich die Zaghaftigkeit der Linken, wenn z.B. eine »Reichensteuer« gefordert wird, die nur funktionieren könnte, wenn das System gestürzt wird und die Reichen auch weiterhin reich bleiben dürften.

P.M., der heute in der Genossenschaftsbewegung aktiv ist, muss nicht nur gegen verkrustete Strukturen etwa in den Schweizer Genossenschaften ankämpfen, er bemängelt auch, dass die Linke nicht mehr auf Gemeineigentum setze: »Das Fehlen der Linken bei der Commonsdiskussion ist ominös: Einige fürchten den Begriff wie der Teufel das Weihwasser.« Oder, warum die Linke immer noch auf ein Arbeitsethos des letzten Jahrhunderts setzt, wiewohl doch schon Marx geschrieben hat: »Ich sage, dass die Arbeit selbst schädlich, unheilvoll ist.«

Neben der Analyse des Bestehenden gibt es Vorschläge zur Überwindung des Kapitalismus. Aus den Überlegungen der auf Nachbarschaften basierenden Bewegung »Neustart Schweiz« überträgt P.M. das Konzept auf die ganze Welt. Wobei er eine Neuaufteilung in Regionen oder auch die Anerkennung geographischer Grenzen ablehnt.

Es geht also um eine gerechte Verteilung der Ressourcen, um ein gutes Leben für alle, um eine Ökobilanz, die sich wirklich sehen lassen kann, und um ein Weniger, welches letztlich ein Mehr sein soll. Zugeben: Seine Vorschläge klingen utopisch und radikal und neben der Angst der einzelnen Menschen (und ihrer Bequemlichkeit) mag einiges kritikwürdig sein, aber P.M. stellt keine Doktrin auf. Die Menschen sollten sich zusammensetzen und ihre Bedürfnisse ausloten: Was wollen wir? Wie wollen wir leben? Wie sollen unsere Lebensmittel hergestellt werden? Wie wollen wir den Begriff »Arbeit« definieren?

Wenn wir wissen, was wir wollen, finden wir vielleicht auch einen Weg, wie wir es bekommen. P.M. hat vielleicht ein paar Vorschläge, die wir ernstlich diskutieren sollten. Denn: »Wir haben nichts zu verlieren, außer uns'rer Angst.« (Ton Steine Scherben, 1972).

Jochen Knoblauch

P.M.: **Warum haben wir eigentlich immer noch Kapitalismus?** Hirnkost Verlag, Berlin 2020, 100 Seiten, 14 Euro. Auch als E-Book.

**MIT COMMONS DIE WELT VERZAUBERN**



Der Titel des Buches verweist auf Max Weber, der vor über 100 Jahren die Entzauberung der Welt diagnostizierte. Während Weber damit den Bedeutungsverlust der Religion meinte, interpretiert Silvia Federici den Begriff politisch: Unter Wiederverzauberung versteht sie die Entwicklung der Fähigkeit, »eine andere Logik als die der kapitalistischen Entwicklung zu erkennen«. Der Weg dorthin führe über eine feministische Marx-Kritik und das Wiedererstarben der Commons.

Das Buch beginnt mit einer Neubestimmung des Konzepts der ursprünglichen Akkumulation aus der Perspektive von unten, von Versklavten, Unterdrückten, indigenen Völkern und Frauen. Die neuen Einhegungen, so die Autorin, seien vor allem Einhegungen der Reproduktion. Die Enteignung von Land und der Subsistenzmittel, sei es infolge der Schuldenkrise in Afrika oder durch den Umbau der Wirtschaft in China, bedeute auch die Zerstörung von Wissen und Identität. Gleichzeitig entstünden aber auch neue Commons, überall auf der Welt inmitten von Konflikten und Protesten. In diesen Protesten werde die Zeit der politischen Organisation nicht mehr von jener der Reproduktion getrennt, sondern es komme zu einer Vergemeinschaftung der Reproduktion, die auf Selbstorganisation und kollektiven Entscheidungsprozessen beruhe.

Das aufschlussreichste Kapitel des Buches ist vielleicht jenes, in dem die Autorin Marx aus einer feministischen Perspektive kritisiert und der Idee, dass es die am weitesten entwickelten Produktivkräfte seien, die die gesellschaftliche Transformation über den Kapitalismus hinaus anführten, eine grundlegende Absage erteilt. Vielmehr sind es aus ihrer Sicht die am wenigsten Eingebundenen, die am meisten Ausgebeuteten, die das Potenzial haben, diesen Schritt zu vollziehen. Denn deren alltägliche reproduktive Arbeit ist eine Praxis des Commoning. Dort und nicht in der Fabrik wird der Grundstein für Kooperation gelegt, dort können sich die menschlichen Fähigkeiten entfalten. Eine Politik der Commons müsse darauf abzielen, »das Leben so zu reproduzieren, dass die gegenseitigen Bindungen gestärkt und der Kapitalakkumulation Grenzen gesetzt werden.«

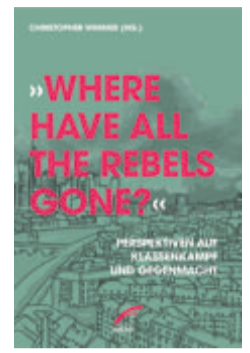
Ebenso widerspricht sie Marx bezüglich der Rolle der technischen Entwicklung der Produktionsmittel: die Technik befreie uns nicht, im Gegenteil. Die wirklich wichtigen Erfindungen stammen aus vorindustrieller Zeit, diese werden nun durch industrielle Formen der Produktion zerstört, genau wie die natürliche Umwelt.

Leidenschaftlich vertritt Federici die Position derer, die in der kapitalistischen Logik unsichtbar bleiben und genau deswegen bereits an Alternativen bauen. Durch diese Wiederverzauberung der Welt werden auch die Beziehungen zur Natur, zu anderen Menschen und zu uns selbst neu gestaltet, hin zu einem ganzheitlichen Leben.

Brigitte Kratzwald

Silvia Federici: **Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons**, Mandelbaum Verlag, Wien 2020, 300 Seiten, 20 Euro

**LINKE KOOPERATION IST DER EINZIGE WEG**



Linke Bewegungen gibt es derzeit noch viele – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Doch diese Bewegungen haben gemäß Soziologe und Journalist Christopher Wimmer ein Problem: Allzu oft wüssten sie »nicht voneinander, stehen isoliert nebeneinander und können nicht auf gegenseitige Erfahrungen bauen«. Kurz, den Bewegungen fehle die gegenseitige Vernetzung und, daraus resultierend, das Nutzen und Stützen von Synergien. Das will Wimmer mit seinem Sammelband ändern. Er will damit ein »Gesprächsangebot« liefern und lässt Autor\*innen zu Wort kommen, die sich zum einen theoretisch und historisch mit dem Thema beschäftigen, und zum anderen ganz praktisch als Aktivist\*innen an verschiedenen Orten der Welt ihren Klassenkampf kämpfen.

So enthält das Werk etwa Beiträge zu den Gelbwesten in Frankreich (geschrieben von Alessi Dell'Umbria), zur EZLN in Mexiko (geschrieben von der EZLN selbst), zur antagonistischen Stadtpolitik in Deutschland (Sebastian Lotzer und das Bündnis »Zwangsräumung verhindern«) sowie historische Betrachtungen zu Klassenkämpfen, etwa 1917 in Russland (Detlef Hartmann) oder zur Sozialrevolution in Spanien 1936 (Astrid Schmeda). Die Beiträge zeigen, dass Wimmer einen Punkt getroffen hat: Mangelnde Vernetzung untereinander könnte auch den heutigen Bewegungen zum Nachteil gereichen. So schlussfolgert etwa Schmeda in ihrem Aufsatz, dass die einzelnen anarchistischen Gruppen, die 1936 in Spanien entstanden waren, zwar durch ihre internen kollektiven Strukturen mehr als nur ein paar Monate überdauern konnten, letztlich aber von der Übermacht spanischer Stalinisten zerschlagen wurden. Auch Hartmann argumentiert, dass nur die sozialen Bindungen, die aus »Egalitarismus und dem Grundsatz der kommunitären Versorgung« resultierten, es seien, die »dem mörderischen Zugriff des Kapitalismus etwas entgegenzusetzen« hätten. Wimmers Abriss zur Historie der Antifa in Deutschland führt vor, wie sich wegen fehlender oder gar bewusst untergrabener Kooperation der verschiedenen Antifa-Gruppen untereinander bis dato nie eine geeinte Antifa bilden konnte – und wie diese internen Kämpfe beinahe das völlige Verschwinden der Bewegung nach sich gezogen hätten.

Kooperation statt Konkurrenz lautet also die Devise, oder: Kooperation ist der einzige Weg. Erkenntnisse, die doch eigentlich hinlänglich bekannt sein dürften. Betrachtet man aber die heutigen aktivistischen Szenen, so scheinen diese Erkenntnisse tatsächlich nicht verinnerlicht – und somit über ein Dasein als bloße Thesen nicht hinausgekommen zu sein. Es gibt keine »geeinte« linke Szene, die geschlossen für die Veränderung der Verhältnisse eintritt. Es gibt einzelne Gruppen, die sich zum Teil gegenseitig und, noch schlimmer, auch intern bekämpfen. Wimmers »Gesprächsangebot« scheint darum nötiger denn je.

Marlene Seibel

Christopher Wimmer (Hrsg.): **»Where have all the rebels gone?« - Perspektiven auf Klassenkampf und Gegenmacht**, Unrast-Verlag, Münster 2020, 299 Seiten, 18 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

VORTRAG

Sackgasse Elektromobilität

10. Juni, 19 Uhr  
(Dresden)

»Elektromobilität« heißt die neue Zauberformel der globalen Autoindustrie. Wird damit wirklich eine ökologisch nachhaltige Entwicklung eingeleitet? In seinem neuen Buch »Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt« bestreitet der Verkehrsexperte Dr. Winfried Wolf das vehement. Er untersetzt seine Kritik mit Fakten über die Entwicklung der globalen Verkehrs- und Energiewirtschaft sowie ihrer klimatischen Wirkungen und arbeitet die Eckpunkte einer wirklich nachhaltigen Verkehrspolitik heraus.

Ort: Martin-Luther-Straße 21,  
01099 Dresden

Info:  
[https://www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/G3MLY/sackgasse-elektromobilitaet?cHash=5aa9055d66b-103868d6b49d0c6c6f665](https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/G3MLY/sackgasse-elektromobilitaet?cHash=5aa9055d66b-103868d6b49d0c6c6f665)

ONLINE

Digitale Zivilcourage und Empowerment

11. & 12. Juni  
(Hamburg)

Immer öfter wird das Netz von Extremist\*innen gekapert, die dort ihre gefährlichen Ideologien weiterverbreiten. Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist es umso wichtiger, Zivilcourage im Netz und öffentliche digitale Diskursräume zu stärken, um radikalen und extremistischen Akteur\*innen nicht die Hoheit

im Social Web zu überlassen. In diesem Workshop vermitteln Expert\*innen aus den Bereichen Social Media und Wissenschaft den Teilnehmenden Wissen über Extremismus verschiedener Couleur und erarbeiten gemeinsam Strategien, sich dem extremistischen Diskurs im Netz entgegenzustellen und damit präventiv agieren zu können. Teil des Workshops ist zudem ein rechtliches Praxis- und Wissensmodul, in dem die Teilnehmenden in rechtlichen Fragen rund um Hate Speech und Extremismus im Netz geschult werden.

Ort: Versmannstrasse 12-14,  
20457 Hamburg

Info:  
<https://www.bpb.de/veranstaltungen/format/seminar-workshop/304852/digitale-zivilcourage-und-empowerment-hamburg-findet-digital-statt>

ATTAC-SOMMERAKADEMIE

»System change!« Welches System eigentlich?

15. bis 19. Juli  
(Hamburg)

Wie oft konnten wir diesen Spruch in den letzten Jahren bei Klima-Demos lesen. Aber welches System ist gemeint, das es zu wechseln gilt? Der Kapitalismus? Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen? Die Art zu konsumieren oder die Art zu produzieren? Das System Mensch? Oder alles zusammen? Mit der Rede vom System soll darauf hingewiesen werden, dass hinter gesellschaftlichen Entwicklungen nicht Entscheidungen oder Verhaltensweisen Einzelner stecken, sondern Zwänge. Attac sieht die Ursachen

für die gegenwärtige ökologische Krise in erster Linie in der Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren. Also doch der Kapitalismus? Ja und nein: Der Zwang, Profite zu erwirtschaften, treibt das System an, aber er erklärt nicht alle Entwicklungen. Ein Blick in die Geschichte und in die Welt zeigt uns, dass dieselbe Logik unterschiedliche Gesellschaften hervorbringt. Attac erhebt nicht den Anspruch, diese Fragen umfassend und eindeutig zu klären, will aber dazu beitragen, die richtigen Fragen nach den Zusammenhängen zu stellen.

Ort: Hamburg-Bergedorf

Info:  
<https://www.attac.de/sommerakademie/start/>

SOLAWI

Gemeinsam für eine Landwirtschaft mit Zukunft

17. bis 19. Juli  
(Nahrendorf)

Der Kurs richtet sich an Initiativen und Solidarhöfe im Aufbau sowie an interessierte Einsteiger\*innen und Menschen, die sich in ihrem beruflichen Kontext fortbilden wollen. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft bietet eine fundierte Einführung in die Wirtschaftsform »Solawi« und geht ganz praktisch an die Planung und den Aufbau eines Solidarhofes heran. Auch die sozialen Aspekte als Kernelement der Solidarischen Landwirtschaft spielen eine wesentliche Rolle. Die Teilnehmer\*innen lernen mit verschiedenen Methoden und im lebendigen Austausch mit den Menschen vom Hof Tangsehl die Kernaspekte von Solawi kennen. Die Kursteilnehmer\*innen sollen am Ende eine Vorstellung davon

haben, wie sie selbst eine Solawi ins Leben rufen können, was dabei zu beachten ist und welche Potentiale dieses Konzept für die Zukunft bietet.

Ort: Tangsehl 2,  
21369 Nahrendorf

Info:  
<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/beratung/fortbildungen/>

GRUNDEINKOMMEN

Katalysator für eine gerechtere Gesellschaft?

17. bis 19. Juli  
(Kochel am See)

Kaum ein Konzept wird derzeit weltweit so intensiv und kontrovers diskutiert wie das bedingungslose Grundeinkommen. Die Idee, jedes Mitglied der Gesellschaft mit einem Einkommen zu versorgen, scheint immer mehr Zustimmung zu gewinnen, jedoch stehen auch viele etablierte Akteur\*innen dem Konzept kritisch gegenüber. In diesem Seminar werden die Vor- und Nachteile beleuchtet, Fürsprecher\*innen und Kritiker\*innen zu Wort kommen und die verschiedenen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens vorgestellt. Lernziele hierbei sollen sein: Sensibilisierung, Differenzierung und Auswirkungen auf Gesellschaft/Demokratie und Sozialsystem.

Ort: Am Aspensteinbichl 9-11,  
82431 Kochel am See

Info:  
<https://www.vollmar-akademie.de/programm/kurs/Bedingungslose+Grundeinkommen++Katalysator+ fuer+eine+ gerechtere+Gesellschaft/nr/20242908/bereich/details/#inhalt>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.  
Schönfelderstr. 41A  
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org  
Verein: vorstand@contraste.org  
Redaktion: redaktion@contraste.org  
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur\*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:

Ulrike Kumpe  
✉ [ulrike.kumpe@contraste.org](mailto:ulrike.kumpe@contraste.org)

BREMEN:

Bernd Hüttner (Rezensionen)  
✉ [bernd.huettner@contraste.org](mailto:bernd.huettner@contraste.org)

ELBSANDSTEINGEBIRGE:

Johannes Dietrich  
✉ [johannes.dietrich@contraste.org](mailto:johannes.dietrich@contraste.org)

FREIBURG:

Burghard Flieger (Genossenschaften)  
☎ (07 61) 70 90 23  
✉ [genossenschaft@t-online.de](mailto:genossenschaft@t-online.de)

GÖTTINGEN:

Kai Böhne (Anzeigen)  
✉ [kai.boehne@contraste.org](mailto:kai.boehne@contraste.org)

HAMBURG:

Hilmar Kunath  
☎ (0 40) 39 90 41 96  
✉ [hh.kunath@web.de](mailto:hh.kunath@web.de)

KASSEL:

Regine Beyß  
✉ [regine.beyss@contraste.org](mailto:regine.beyss@contraste.org)

KÖLN/BONN:

Heinz Weinhausen  
☎ (01 70) 58 38 900  
✉ [heinz.weinhausen@contraste.org](mailto:heinz.weinhausen@contraste.org)

Ariane Dettloff  
☎ (02 21) 31 57 83  
✉ [ariane.dettloff@contraste.org](mailto:ariane.dettloff@contraste.org)

SPROCKHÖVEL:

Uli Frank  
✉ [ulifrank@unverdient.de](mailto:ulifrank@unverdient.de)

STUTTGART:

Peter Streiff  
☎ (0 71 44) 33 22 56  
✉ [peter.streiff@netz-bund.de](mailto:peter.streiff@netz-bund.de)

ÖSTERREICH:

GRAZ:

Brigitte Kratzwald  
☎ 0043-699 11 28 65 57  
✉ [brigitte.kratzwald@commons.at](mailto:brigitte.kratzwald@commons.at)

KLAGENFURT:

Hans Wieser (Termine)  
✉ [hans.wieser@contraste.org](mailto:hans.wieser@contraste.org)

HERSTELLUNG

ANZEIGEN

Kai Böhne  
✉ [anzeigen@contraste.org](mailto:anzeigen@contraste.org)

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt  
✉ [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere  
✉ [layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org)

TERMINE

Hans Wieser  
✉ [termine@contraste.org](mailto:termine@contraste.org)

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG  
<https://netz.coop>  
✉ [webmaster@contraste.org](mailto:webmaster@contraste.org)

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:

Facebook: [www.facebook.com/contrastemonatszeitung](https://www.facebook.com/contrastemonatszeitung)

Twitter: @contraste.org

Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

**Teste die beste linke, überregionale Tageszeitung.**



**Corona kriegt Kontra**

**US & bombardieren irakisches Militär**

**Drei Wochen gratis.**

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

[jungewelt.de/probeabo](http://jungewelt.de/probeabo) oder 0 30/53 63 55 84

**FORUMRECHT**  
4 Mal im Jahr • Recht • Kritik • Politik



Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probeabo  
3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

[www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de)  
Twitter @ ForumRecht

Informativ, knapp und klar:

**Ossietzky**

Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«  
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • [ossietzky@interdruck.net](mailto:ossietzky@interdruck.net)  
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • [www.ossietzky.net](http://www.ossietzky.net)

**Kleinanzeigen**

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.

Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

[koordination@contraste.org](mailto:koordination@contraste.org)

**GRÜNE WITZE**

**DER RABE RALF**  
Die Berliner Umweltzeitung



Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene  
Tipps, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus.  
Kostenlose Probenummer:  
DER RABE RALF  
Prenzlauer Allee 8  
10405 Berlin

KLEINANZEIGE

BEKANNTMACHUNG UND GLÄUBIGERAUFUF

Die Bewegungstiftung sammelt Bildungsmaterialien für Aktivist\*innen, Bildner\*innen und Multiplikator\*innen, die sich thematisch mit Globalisierung, Kapitalismuskritik, Solidarischer Ökonomie, Klimagerechtigkeit und verwandten Themen beschäftigen. Der Fokus liegt dabei auf multimedialen Materialien abseits von Textarbeit, also z.B. Videos, Podcasts (Texte gibt es aber auch). Zudem steht ein großer Teil der Materialien unter einer Creative-Commons-Lizenz.

Link:  
<https://wp.weltverbessern-lernen.de/>